

# DEMO - Am 3. März in Bern



## FICHEN FRITZ



Es treten auf:

Franz Hohler, Tinu Heiniger und Bänz Oester, Gerold Späth, Adolf Muschg, Susanne Leutenegger Oberholzer, Vasco Pedrina, Françoise Pitteloud

### BUPO überwachte die Radioleute der Villiger-Sendung

Seite 4

### Oberst im Generalstab denunzierte Umweltorganisation

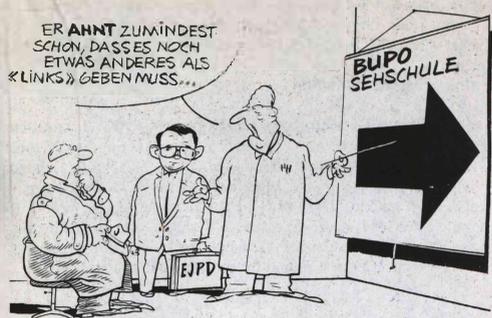
Seite 3

### Militärlager für Registrierte in der Innerschweiz

Seiten 5+6

### Wussten Sie schon...

- dass bei der Bundesanwaltschaft bereits heute eine EDV-Versuchsanlage zur Registrierung Verdächtiger läuft. Erfasst wurden in einem ersten Schritt Araberinnen und Araber.
- dass die Gefahren einer durchgehenden Informatisierung der politischen Überwachung - wie sie heute trotz Fichen-Skandal immer noch geplant ist - die Gefahren für uns Bürgerinnen und Bürger nur noch erhöht. Da hilft nur eins: Weg mit der politischen Polizei!
- dass nach dem neuen "Negativ-Katalog" von Bundesrat Koller auch weiterhin die Frauen gegen Gentechnologie in diesem Computer landen würden? Was wir brauchen ist ein klarer Trennstrich: Wer sich nur politisch betätigt und keine Delikte begeht, darf nicht länger registriert werden.



### HILFE

Das Komitee gegen den Schnüffelstaat leistet notwendige Arbeit. Die Frage stellt sich: Sollen wir weitermachen? Die Antwort geben Sie mit dem beiliegenden Einzahlungsschein. Werden Sie Mitglied unseres Komitees, unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende. Nur mit Ihrer Hilfe können wir den Kampf gegen den Schnüffelstaat halbwegs erfolgreich führen. Und nicht vergessen: Am 3. März 1990 treffen wir uns um 13.30 Uhr in Bern zur grossen Nationalen Demo gegen den Schnüffelstaat.



Am 31. März 1990 droht die grosse Aktenvernichtung

# An die Schreibmaschinen

## Auch EMD-Akten

Das EMD ist ein grosser Kasten voller Karteien. Der Fichen-Fritz hat bis jetzt sieben ausfindig gemacht. Nur schrittweise nähern wir uns der Wahrheit. Bundesrat Villiger gibt bisher nur zu, was jeweils nicht mehr zu verheimlichen ist. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch alle unsere EMD-Akten verlangen, denn weitere Überraschungen sind so sicher wie das Amen in der Kirche.

## Fichen und Dossiers

Über 500 000 in der Schweiz lebende Personen sind mittels Fiche registriert. Dank dem Druck der Öffentlichkeit, erhalten wir jetzt wenigstens Kopien dieser Fichen. Wichtig ist:

- Auf diesen Fichen sind ausser schweizerischen Amtstellen sämtliche Quellen abgedeckt, insbesondere auch die Dossier-Verweise. Der Schutz der Spitzel und ausländischer Dienste ist dem Staat wichtiger als der Schutz der Rechte der Betroffenen. Nach dem Erhalt einer zensurierten Fiche sollten alle Registrierten unverzüglich und eingeschrieben die volle Aufdeckung der zensurierten Passagen verlangen. Wichtig: Eine allfällige weitere Weigerung nur in der Form einer beschwerdefähigen Verfügung akzeptieren.

**Wer in seine Fichen und Akten Einsicht nehmen will, muss dies bis zum 31. März 1990 tun. Der Fichen-Fritz fordert seine Leserinnen und Leser auf – falls noch nicht geschehen –, sofort an Bund und Kanton zu schreiben. Möglichst viele Registrierte müssen verhindern, dass in Bern weiter vertuscht und gelogen wird. Deshalb einige Tips von und für Registrierte.**

Die Fichen sind nur die schlechten Zusammenfassungen aus verschiedenen Dossiers. Aber sie sind – sofern unzensuriert – der Schlüssel zu den weit interessanteren Dossiers. Auch dies müssen wir Registrierte schriftlich verlangen. Und nicht vergessen: Auch hier für jede Ablehnung einen beschwerdefähigen Entscheid verlangen!

Während Monaten sperrte sich Bundesrat Koller gegen eine Offenlegung der traurigen Vergangenheit des Schnüffelstaates. Jetzt möchte der Bundespräsident so schnell wie möglich alles vernichten, ohne aus der Vergangenheit zu lernen. Dies möchte der Fichen-Fritz verhindern.

## Organisationen

Viele Dossiers betreffen Organisationen, die nicht mehr existieren. Auch ihre Akten werden vernichtet, wenn bis zum 31. März 1990 nichts geschieht. Deshalb ist es wichtig, dass sich alte Vorstandsmitglieder und Stammspieler nächstens zu einem Bier treffen und für ihre verbliebenen

Organisationen volle Einsicht verlangen.

Dies gilt natürlich erst recht für alle jene Organisationen, die immer noch für den gesellschaftlichen Fortschritt tätig sind. Aufgrund der bisherigen Fichen steht fest, dass bis hin zu kirchlichen Vereinen praktisch alles überwacht wurde, was nicht stramm auf einer Linie mit den bürgerlichen Parteien stand und steht.

## Doppel an Komitee

Das Komitee gegen den Schnüffelstaat möchte auch in den kommenden Wochen und Monaten den Druck auf Bern erhöhen. Dazu brauchen wir neben Geld auch Informationen:

- Wir sind daran interessiert, dass möglichst viele Registrierte aufschlussreiche Fichen (und später Dossiers) ganz oder wenigstens teilweise dem Komitee überlassen, damit wir die Vergangenheit des Schnüffelstaates aufarbeiten können.

## Rechtshilfe

Viele Anwältinnen und Anwälte haben bereits Mandate in Sachen Akteneinsicht.

Gut haben es die gewerkschaftlich Organisierten: Ihnen steht der hauseigene Rechtsdienst zur Seite. Wichtig ist, dass sich vorab jene, welche Stellen nicht bekommen oder verloren haben, zur Wehr setzen.

## Musterbrief

An den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
3003 Bern

### EINSCHREIBEN

Sehr geehrte Herren, ich verlange Einsicht in alle mich betreffenden Fichen und Akten des EMD und der Politischen Polizei bei Bund, Kantonen und Gemeinden, sowie Auskunft über deren Verwendung. Ohne mein schriftliches Einverständnis dürfen keine mich direkt oder indirekt betreffenden Akten vernichtet werden. Allfällige Informationsverzögerungen haben in Form beschwerdefähiger Verfügungen zu erfolgen.

Etwas verzärtelt grüsst

Beilage: Ausweiskopie

Wichtig: Einen inhaltlich gleichlautenden Brief auch an die eigene Kantonsregierung senden.

## Demo-Züge ab:

Basel	11.00	12.00
Brig	11.25	12.01
Chur	09.41	10.48
Luzern	11.13	11.46
Schaffhausen	10.09	11.09
St. Gallen	10.20	10.43
Zürich	11.28	12.03

## Termine

**25. Februar, Radio DRS**  
20-22 Uhr: Gemeinsame Sendung von Doppelpunkt und Input zum Thema Schnüffelstaat.

**27. Februar, Winterthur**  
20 Uhr: Rest. Neuwiesenhof, Veranstaltung des Regionalkomitees Winterthur mit Jürg Frischknecht

**3. März, Bern**  
Alle an die nationale Kundgebung!

**8. März, Schaffhausen**  
20 Uhr: Veranstaltung des Grünen Bündnisses mit SP-Nationalrat Paul Rechsteiner und Komitee-Sekretär Jürg Frischknecht.

**10. März, Bern**  
10.30 Uhr: Rest. Innere Enge (Bus 21 bis Innere Enge). Offene Sitzung des Komitees. Haupttraktandum: Beschlussfassung über eine Volksinitiative zur Abschaffung der Politischen Polizei.

**1. Mai**  
Machen wir den 1. Mai zu einer kraftvollen Kundgebung gegen die Politische Polizei! «100 Jahre 1. Mai – Die Polizei war auch dabei.»

## Materialien

**Fichen-Fritz**  
Bitte helft mit, diese Zeitung direkt zu verteilen. Bestellungen: 031-45 48 58.

**Demo-Plakate**  
Das A3-Plakat für die nationale Kundgebung und ein A4-Flugblatt sind in deutscher und französischer Sprache erhältlich: 031-45 48 58.

**Die 28 BUPO-Filialen**  
Die WoZ hat ein umfangreiches Dossier über die 28 BUPO-Filialen in den Kantonen erstellt. Bestellungen: WoZ, Postfach, 8059 Zürich.

Das Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat» sucht auf Mitte März oder nach Vereinbarung

## SekretärIn

der/die unser Sekretariat möglichst selbständig und initiativ führen kann. Erwünscht sind Erfahrungen in politischer und journalistischer Arbeit sowie Zweisprachigkeit. Auskünfte und Bewerbungen: Komitee, Postfach 6948, 3001 Bern

## Impressum

**Fichen-Fritz:** Zeitung des Komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat», Postfach 6948, 3001 Bern, Tel. 031 45 48 58, PC 30-4469-3

**Redaktion:** Peter Bodenmann, Jürg Frischknecht, Reto Gamma, Mathias Erzinger

**Satz/Layout:** WoZ-Kollektiv

**Druck:** Genodruck Biel, Auflage 300 000 Exemplare

Der Fichen-Fritz liegt folgenden Zeitungen bei: GTCP, VHTL, Teil der AZ-Presse, WoZ, Vorwärts, Friedenszeitung

Abonnentinnen und Abonnenten der Friedenspolitik, der Roten Anneliese und der Alternative erhalten den Fichen-Fritz separat zugeschickt.

Werden Sie Mitglied unseres Komitees!

# Der Skandal wächst – unsere Arbeit auch

Das Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat» ist am letzten Tag der Dezembersession von einem Dutzend Parlamentarierinnen und Parlamentariern angekündigt worden. Im Januar haben wir unsere Arbeit aufgenommen. Drei Wochen lang organisierten wir am Tatort, an der Taubenstrasse 16, ein Protestpikett «Einsicht Jetzt». Damit mobilisierten wir den nötigen Druck gegen die Verzögerungsakt der BUPO. Als am 12. Februar am Bundesrain 20 das schikanöse Einsichtsprozedere für BernerInnen begann, war unser Komitee mit einem Kopier-Pikett zur Stelle. Mit zahlreichen weiteren Aktionen, etwa bei den Solothurner Filmtagen oder an der CVP-Delegiertenversammlung, unterstrichen wir unsere Forderungen. Für die Akteneinsicht haben wir ein Merkblatt verfasst.

Unsere kurzfristigen Aktivitäten sind ganz auf die Kundgebung vom 3. März und die anschließende Sessionswoche ausgerichtet. Dann wird

der Nationalrat über die Abschaffung der Politischen Polizei und über eine PUK-EMD entscheiden. Für den Fall, dass die bürgerliche Ratsmehrheit an einer Schnüffel-polizei festhalten will, prüft das Komitee bereits jetzt den möglichen Wortlaut einer Initiative SOS – Schweiz ohne Schnüffel-polizei. Sollte die Initiative am 10. März (siehe Termine) beschlossen werden, wäre der 1. Mai Auftakt der Unterschriftensammlung.

Im Hinblick auf dieses Projekt, aber auch für die Durchsetzung unseres Rechts auf volle Akteneinsicht rufen wir Sie auf, Komitee-Mitglied zu werden – durch Einzahlen von wenigstens 20 Franken mit dem beiliegenden Einzahlungsschein. Je mehr Leute das Komitee unterstützen, desto wirkungsvoller können wir arbeiten. In Basel, St. Gallen und Bern sind bereits Regionalkomitees entstanden. Weitere werden folgen, auch in der Romandie. Ein vierteljährlich erscheinendes Blatt wird die

Information unter den Mitgliedern sicherstellen und auch zu den Versammlungen einladen.

Den Start unseres Komitees haben auf unkomplizierte Art zahlreiche Organisationen, darunter auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund, ermöglicht. Angeschlossen sind dem Komitee zurzeit folgende Organisationen:

- Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS
- Landesring der Unabhängigen LdU
- Grüne Partei der Schweiz GPS
- Grünes Bündnis der Schweiz GBS
- Partei der Arbeit der Schweiz PdAS
- Sozialistische ArbeiterInnen Partei SAP
- Demokratische JuristInnen der Schweiz DJJ
- VSU Uni Zürich
- SUB Uni Bern
- StUB Uni Basel
- GSöA Schweiz
- Gruppe Olten
- Christlicher Friedensdienst

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk Frauen für den Frieden

Arbeitsgemeinschaft Rüstungskontrolle und Waffenausfuhr ARW

Soldatenkomitee der Schweiz

Gesamtschweizerische Konferenz für die Stilllegung der AKW

Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK

Schweizerischer Friedensrat SFR

Schweizerische Energie-Stiftung Contratom Genf

Forum für praxisbezogene Friedensforschung Basel

Syndikat Schweizerischer Medienschaffender SSM

Verband Schweizerischer Filmgestalter

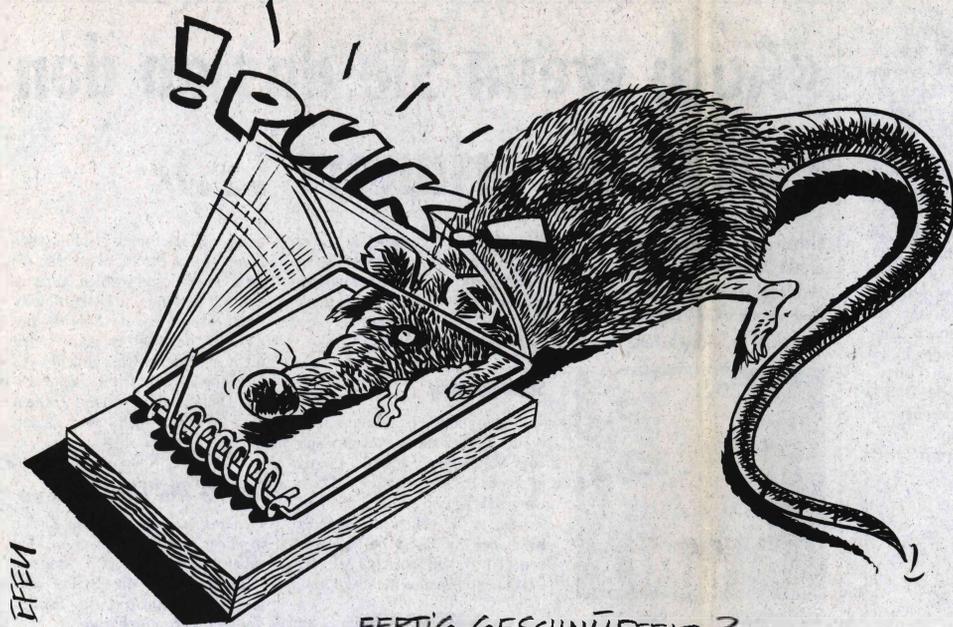
Stiftung Netzwerk/NEST

Erklärung von Bern

Schweizerische JournalistInnen Union

POCH Basel

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz



FERTIG GESCHNÜFFELT ?

74

# Major a. D.: «Ich gehe zum ersten Mal an eine Demo!»

Am kommenden 3. März wird sich Fritz Müller\*, parteiloser Rentner und ehemaliger Major der Schweizer Armee mit 1800 Dienstagen, erstmals in seinem Leben an einer Demonstration beteiligen. Diesen Entscheid teilte Müller gleich brieflich dem EJPD-Ombudsmann Arthur Häfliger mit – in einer geharnischten Beschwerde, die in der Proklamation «Schluss mit dem Schnüffelstaat! SOS!» gipfelt. Seit der bis anhin recht patriotisch gesinnte Müller vergangene Woche seine Fiche eingesehen hat, mag er mit obrigkeitlicher Kritik nicht mehr zurückhalten.

Es ist in der Tat skandalös, was die alten Fichen Müllers (Einträge

von 1953 bis 1964) alles zutage fördern. Angefangen hat Müllers heimliche Bespitzelung nur wegen zweier Ostreisen (nach Bukarest und Moskau) seiner ebenfalls parteilosen Ehefrau Marianne\*, welche sich damals einer Delegation der «Schweiz. Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt» angeschlossen hatte. Und weil zu diesem Zeitpunkt gerade Müllers Beförderung zum Hauptmann in Abklärung war, liessen zivile und militärische Behörden Müller ausspionieren – unter anderem mit Befragungen in dessen Bekanntenkreis. «M. hat unverantwortlich leichtsinnig gehandelt, er hat seiner Frau die Erlaubnis (sic!) erteilt, nach Russland

zu reisen und nachher Propaganda zu machen für dieses Land», empört sich ein unbekannter EMD-Beamter in der Fiche. Und eine Polizeistelle meldet: «Soll schon eine russophile u. antiamerikanische Einstellung an den Tag gelegt haben.»

Nachdem ein Arbeitskollege gegenüber einem Schnüffelbeamten zu Protokoll gibt, Müller sei «politisch naiv und ungefährlich», wird auf der BUPO eine Art Pantoffelheld-Theorie aufgebaut: «M. ist sich offenbar nicht bewusst, auf welche Weise sich seine Frau, die ihm geistig überlegen ist, als kommunistischer Lockvogel hat missbrauchen lassen.» Und: «Ehe gilt als nicht besonders harmonisch.» Gegen sol-

che Unterstellungen verwarft sich Müller natürlich. Aber gerade diese durch die Ermittler konstruierte Zwietracht der Eheleute dürfte dazu beigetragen haben, dass der Bespitzelte in der Folge doch noch zweimal befördert wurde.

Entwickelte Fritz Müller in den letzten Tagen eine rege Tätigkeit mit weiteren Einsichtsgesuchen und diversen Briefwechseln, so mag Marianne Müller nicht einmal mehr Einsicht in ihre eigene Fiche, die noch umfangreicher sein dürfte, nehmen. «Ich würde das nicht verkraften», sagt sie.

Urs Frieden

\* Namen geändert

# Generalstabsobster Lentzsch denunziert Umweltorganisation

**Generalstabsobster Walter Lentzsch, Vertrauter des dubiosen Geheimdienstlers Albert Bachmann, lieferte interne Unterlagen über eine Umweltorganisation an die BUPO und verdächtigte ein Vorstandsmitglied als Spionin. BUPO-Chef Peter Huber persönlich gab Auskunft an diese private Organisation.**

Licht hilft...

Auch auf abgedeckten Fichen lässt sich abzählen, wieviel Buchstaben die verheimlichte Quelle hat. Und mitunter helfen auch günstige Lichtverhältnisse mit, das Denunziantendunkel etwas aufzuhellen – so auch bei SP-Nationalrat Peter Vollmer, der schon als 68er Student intensiv überwacht wurde. Als er später eine DDR-Bürgerin heiratete, schalteten sämtliche BUPO-Lampen auf rot. Aber nicht nur der Staat beschnüffelte das Ehepaar Vollmer. Mit Datum vom 22. 8. 83 fand Vollmer auf seiner Fiche einen Eintrag, der vor allem die Schweizerische Gesellschaft für Sonnenenergie (SSES)

betrifft. Frau Vollmer wurde 1983 als Architektin in den Vorstand der Berner Regionalgruppe gewählt.

**Stasi-Deutsch**

Im Stasi-Deutsch liest sich das so: «XXXXXXXX: Frau V. wurde anlässlich der GV des SSES als VR-Mitglied vorgeschlagen und gewählt. XXXXXXXX ist nun der Meinung, dass Frau V. nicht aus ei-

genem Antrieb handelt. Man werde neuerdings auch mit Pressmaterial der Agentur Novosti bedient.» Zwischen den Zeilen steht hier mit aller Deutlichkeit: Frau Vollmer könnte eine DDR-Spionin sein.

Damit steht gleich dreierlei fest: Die BUPO bespitzelt auch eine Umweltorganisation, die sich seit Jahren für die Nutzung einer zukunftssträchtigen Energiequelle ein-

setzt. Zweitens stützt sie sich dabei auf private Zuträger. Drittens lieferte der ehemalige SSES-Geschäftsführer Walter Lentzsch, Oberst im Generalstab, solche Informationen. Denn unter den abgedeckten Stellen steht nichts anderes als sein Name.

**Bremi-Insor**

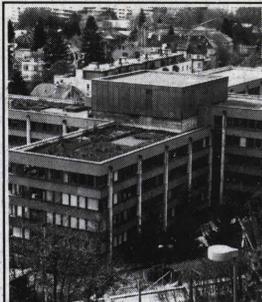
Im August 1983 war der heute 53jährige Lentzsch als Geschäftsführer der SSES bereits abgesetzt; die Organisation warf ihm damals auch Unregelmässigkeiten vor. Lentzsch taucht seither immer wieder bei Umwelt-Projekten auf. Heute betreibt er die Biowatt AG mit Büros am Zürcher Grossmünsterplatz. Weniger bekannt ist, dass er als Vertrauter des Geheimdienstlers Albert Bachmann auch im persönlichen Bericht Müller-Marzohl auftaucht. Das hat vor allem damit zu tun, dass Lentzsch Verwaltungsrat und Geschäftsführer der Insor, einer Firma für Sicherheitstechnik, war. In der Affäre Bachmann geriet die Insor als mögliches Instrument von Geheimdiensten in die Schlagzeilen – und demnach wieder (siehe unser Gespräch auf Seite 8).

## Danke schön

Offiziell ist die Regel klar: BUPO-Informationen sind nur Amtsstellen zugänglich. Private haben keinen Zugriff. Die Praxis sieht anders aus. Fichen-Fritz liefert den Beweis, dass die BUPO auch ein Selbstbedienungsladen für Private ist – sofern sie aus der rechten Ecke kommen. An die Privatadresse von Lentzsch schrieb «Der Chef der Bundespolizei» am 1. September 1983 mit dem Zeichen HU/ju: «Sehr geehrter Herr Lentzsch Für Ihre Anfrage vom 26. 8. 83 und die damit im Zusammenhang stehenden Informationen danken wir Ihnen bestens.

Als mit dem Informationsdienst im Interesse des Landes beauftragte Behörde sind wir auf Beobachtungen und Mitteilungen wachsender, verantwortungsbewusster Bürger angewiesen. Über Frau Vollmer liegen unserem Dienst keine nachteiligen Erkenntnisse vor.» Der BUPO-Chef bedankte sich also nicht nur für Denunziantenmaterial, sondern lieferte auch gleich die gewünschte Auskunft. Fichen-Fritz stellt die Frage: Was weiss Koller?

EJPD-Sprecher Jörg Kistler kann das nicht bestätigen: «Wir gehen diesem konkreten Fall nach.»



28 BUPO-Filialen

## Der totale Schnüffelstaat

Was in der BUPO-Zentrale in der Berner Taubenstrasse 16 registriert ist, liegt im Doppel auch in jenen 28 Filialen, die im Auftrag des Bundes «an der Front» schnüffeln: die Nachrichtendienste von 26 Kantonspolizeien sowie die Politischen Polizeien der Städte Bern und Zürich. Teilweise liegen in diesen Filialen auch Akten des kantonalen Staatsschutzes – Material, das gar nie nach Bern geschickt wurde.

**274 Beamte**

In der Zentrale arbeiten 94 Schnüffelbeamte, in den Filialen nochmals 180 – die 274 unnötigsten Beamten der Schweiz.

**Fast 100 000 Franken Lohnsumme**

Die Schnüffelbeamten kassieren in der Stadt Zürich Löhne, von denen andere nur träumen. Beim Kriminalkommissariat III beträgt die Lohnsumme für 35 Beamte 3,4 Millionen Franken. Rechne.

**Täglich 210 neue Fichen**

Ein vertrauliches Protokoll der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission aus dem Jahre 1988 enthüllt: 19 BUPO-Beamte sind allein mit dem Fichieren beschäftigt. Täglich tragen sie auf 690 Fichen Einträge nach, täglich eröffnen sie 210 neue Fichen. Bei 300 Arbeitstagen im Jahr macht das einen Jahreszuwachs von 60 000.

**550 000 Registrierte**

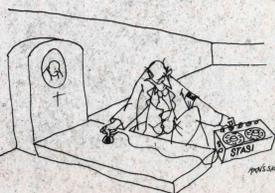
Die Zahl der Registrierten allein in der BUPO-Hauptkartei ist in den letzten Wochen immer wieder nach oben korrigiert worden. Der aktuelle Wissensstand: Eine persönliche Fiche haben 250 000 bis 300 000 SchweizerInnen und nochmals 300 000 hier lebende AusländerInnen.

**Schnüffelquote 15 Prozent**

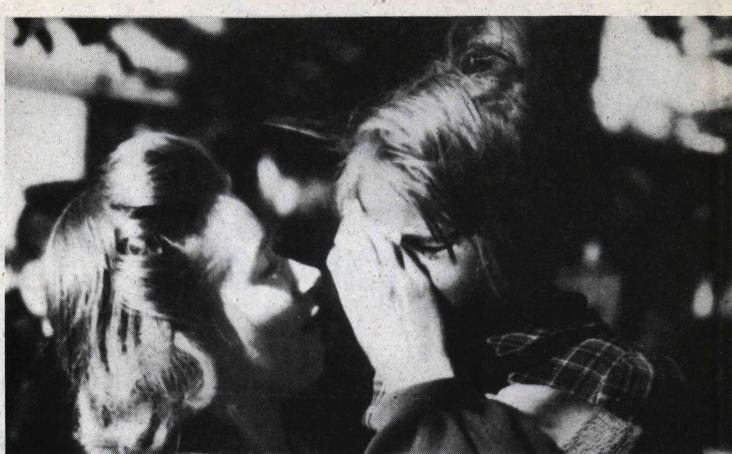
An der Taubenstrasse 16 lagern also 550 000 bis 600 000 persönliche Fichen von hier lebenden Personen. Bezogen auf die aktive Bevölkerung macht das eine «Schnüffelquote» von 15 Prozent, bei den AusländerInnen von über einem Drittel.

**Ein paar hundert Tote**

Schnüffelwut macht auch vor Toten nicht halt. Eines der unzähligen BUPO-Register ist eine PdA-Totenliste.







# «Jetzt schreibe ich auch nach Bern»

Die Dossiers des Roten Kreuzes über 180 000 Flüchtlingskinder samt ihren Gastfamilien lagern seit 1979 in den Kellern der Bundesanwaltschaft. Bundespräsident Koller dazu: «Man erhoffte sich daraus Hinweise in Spionagefällen.» Der Fichen-Fritz traf die achtzigjährige Ida S. und teilt deren begründete Überzeugung: Die Überwachung von Flüchtlingskindern dauert schon viel länger.

## Hunger in Sachsen

Ida S. wuchs auf dem Bauernhof ihres Onkels im Kanton Zürich auf. 1922 herrschte in weiten Teilen Deutschlands bitterer Hunger. Die Familie von Ida S. nahm als einzige Familie im Dorf ein Kind bei sich auf. «Zu Beginn haben wir die 15jährige Marlies richtiggehend überfüttert», erinnert sich die Ida S., «so dass sie immer wieder erbrechen musste. Erst der Arzt klärte uns auf, dass wir Marlies nicht zuviel zu essen geben dürfen auf einmal.»

Nach drei Monaten – das ganze Dorf hatte sie inzwischen gern gewonnen – musste Marlies zurück nach Sachsen zu ihrer Mutter und

ihren Geschwistern. Der Vater kam erst später schwer krank aus russischer Gefangenschaft zurück. Schon bald kam ein Dankeschreiben der Mutter, ein Dorfereignis.

## Geöffnete Briefe

Es folgten in Deutschland die Jahre der Krise und des aufkommenden Faschismus. Der Kontakt zu Marlies brach ab. Erst 25 Jahre später, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, traf bei den neuen Besitzern des Bauernhofes – Idas Onkel hatte ihn während der Weltwirtschaftskrise verkaufen müssen und lebte in einem Zimmer – ein Brief von Marlies ein. Sachsen war nun Teil der DDR.

Marlies, die inzwischen geheiratet hatte, suchte ihre Ferieneltern. Die Freude war gross, und Ida S. schrieb bald zurück. Eine Brieffreundschaft wuchs neu heran, die noch heute besteht. Schon bald aber passierten erstaunliche Sachen. Dinge, die Ida S. zuerst einmal den Behörden der DDR in die Schuhe schob. Die Briefe von Marlies waren geöffnet. Die einen sorgfältiger, die anderen sogar aufgerissen und wieder zugeklebt. «Ich begann mir immer genauer zu überlegen, was ich wohl überhaupt noch schreiben dürfe», erzählt Ida S.

Mit der Zeit überwand sie ihre Angst und schrieb Marlies, dass ihre Briefe in der Schweiz geöffnet ankä-

men. Marlies bestätigte, dass auch Idas Briefe in die DDR teilweise geöffnet worden seien. Der letzte Brief, bei dem Ida S. ganz sicher ist, dass er geöffnet wurde, kam Ende der sechziger Jahre. Seither konnte sie nichts mehr feststellen.

## Jetzt schreibe ich auch nach Bern

In den zwanzig Jahren seither hat Ida S. nicht mehr viel an dieser Sache herumstudiert. Aber als die ersten Meldungen über den Schnüffelapparat der Bundespolizei bekannt wurden, «habe ich mir so meine Gedanken gemacht». Ida S. wollte eigentlich nicht nach Bern schreiben. «Ich

bin doch sicher nicht registriert, und zudem sowieso zu alt», habe sie sich gesagt. Aber die Zweifel nagten. Und jetzt, nachdem die Verwendung der «Ferienkinderkartei» des SRK durch die Bundespolizei bekannt geworden ist, jetzt möchte Ida S. Gewissheit haben. «Ich glaube kaum mehr, dass die Briefe durch die DDR geöffnet wurden», meint sie heute. Und: «Schlimm ist für mich die Ungewissheit, ob ich irgend etwas Falsches geschrieben habe, obwohl ich mich ja bemühte, nichts Politisches zu schreiben.» Am Montag hat Ida S. einen eingeschriebenen Brief abgeschickt. Nach Bern, an die Tauenstrasse 16.

# Fichen Fritz beweist: Trotz PUK liess Koller 1989 weiter schnüffeln

## Überwachtes Radio DRS:

# «Tendenziöse Sendung verunglimpft Villiger»

Gefährden Medienschaffende, die auch gegenüber Bundesräten kritisch bleiben, die Staatssicherheit? Ja, finden «unsere» Politpolizisten. Diese erstellten doch tatsächlich vor weniger als einem Jahr ein eigentliches Dossier über die DRS-Sendung «Die Villiger-Firmengeschichte». Die Enthüllungen dieser Sendung schlugen in der Öffentlichkeit wie eine Bombe ein. Radio DRS dokumentierte im wasserdicht recherchierten Beitrag, dass die Stumpenfirma Villiger von der «Entjudung» der deutschen Wirtschaft unter Hitler ungeniert profitiert hatte. Die FDP eröffnete damals gegen Radio DRS ein Ablenkungs-Trommelfeuer, widerlegte jedoch keine einzige Tatsache. Der liberale Geschichtspräsident Georg Kreis atte-



stierte der Sendung in einem Gutachten, historisch korrekt zu sein. Kein Grund für Kollers Staatsschutzbeamte, dennoch Staatsfeinde zu wittern. Auf ihrer BUPO-Fiche fanden die drei DRS-RedaktorInnen einen skandalösen Eintrag: «v. Stapo ZH: Dokumentation in Zusammenhang mit der Verunglimpfung von BR Villiger (Firmenchronik) in Radio DRS-Sendung von 23. 3. 89. Als verantwortliche Redaktoren dieser tendenziösen Sendung aufgeführt sind ...» Verunglimpfung? Wenn schon, dann hat sich die Nazizeit selbst verunglimpft. Die offizielle Firmenchronik, die unter Verantwortung der Söhne Heinrich und Kaspar

Villiger entstanden ist, beschönigt und verdrängt diese Rauchzeichen einer profitorientierten Kollaboration. Die Villigers hatten sich nicht nur günstig jüdische Tabakfirmen einverleibt, sondern hier in der Schweiz noch 1940 gross in einem Naziblatt für ihre Stumpen inseriert: «Rio 6 ist ganz famos.» Und während des Krieges profitierten die Villigers von Raubtabak, den die Deutschen in Holland beschlagnahmt hatten. Wen wundert es da noch, wenn in den Archiven Villiger-Firmen schreiben gefunden werden, die mit «Heil Hitler!» schliessen?



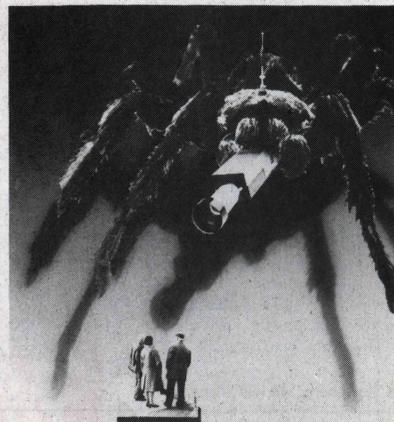
## Absurdes Schreckgespenst «Terror»

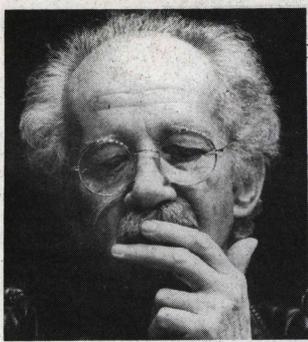
# Gret Haller und Anita Fetz neu registriert

Nur noch mit Terror, Spionage und organisiertem Verbrechen solle sich die Politische Polizei in Zukunft befassen, versuchen uns Koller und Co. zurzeit weiszumachen. Dass die Staatsschützer mit dem freizügig verwendeten Stempel «Terrorverdacht» weiterhin genau das rechtfertigen werden, was sie bisher taten, zeigen die Fichen der Nationalrätinnen Gret Haller und Anita Fetz. Beide wurden noch im Sommer 1989 registriert, weil sie den «Basler Appell gegen Gentechnologie» unterzeichnet hatten. Bei Anita Fetz notierten die Beamten zudem, dass sie im Nationalrat ein Gentechnormatorium verlangte. Was ist das anderes als «Ausübung politischer Rechte»? Dies soll nach Kollers «Negativ»-Liste nicht mehr erfasst werden. Doch auch hier ist das Kleingedruckte entscheidend: «... soweit im entsprechenden Zusammenhang nicht Verdacht einer strafbaren Handlung besteht». Genau diesen Verdacht konstruierten die Schnüffler bei den Frauen, die sich gegen die unabsehbaren Folgen des skrupellosen Gentech-Geschäftes engagieren. «Auch uns schien

dieser Eintrag auf den ersten Blick völlig daneben», kommentiert BUPO-Sprecher Josef Hermann. «Aber dann sind wir der Sache nachgegangen und haben festgestellt, dass im Sommer 1989 in der BRD Anschläge auf Gentech-Institute verübt wurden.» Mit anderen Worten: Die BUPO unterstellte Anita Fetz, Gret Haller und allen anderen UnterzeichnerInnen das Appells, für ihre Sache allenfalls auch Bomben einzu-

setzen. Eine ungeheuerliche Unterstellung. Hüten wir uns vor dem Schnüfflertrick mit dem Schreckwort «Terror». Solange wir eine Polit-Polizei dulden, wird weitergeschnüffelt. Weil in einem Stasi-Weltbild alles irgendwie mit «Terror» zusammenhängt. Wer wirklich Terrorismus bekämpfen will, braucht dazu höchstens die normale gerichtliche Polizei. Aber mit Sicherheit keine politische Schnüffelpolizei.

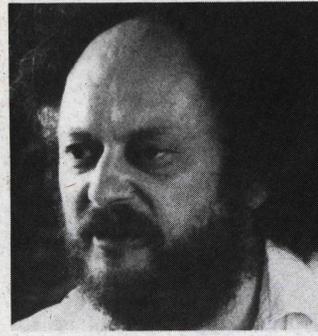




### «Putschversuch auf Raten»

«Die 'Kommission für geistige Landesverteidigung' der Schweizerischen Offiziersgesellschaft hat einen Bericht verfasst, der insgesamt den Charakter eines Generalstabsplans für die geistige Mächtigkeitsgreifung durch die Armee trägt. Die Abwehr der berüchtigten subversiven Elemente sei wohl nötig, sagen diese Offiziere, aber damit habe man bei weitem nicht der staatspolitischen Pflicht genügt. Sie wollen jetzt von der Defensive in die Offensive übergehen. (...) Sie möchten sich nicht länger beschränkt wissen auf Rekrutendrill, Pfadfinderei und Sandkastenkrieg. Sie möchten nicht nur den Soldaten beibringen, wie man schießt, sondern dem Volk, wie man denkt. Und was sie offensichtlich am meisten stört, ist die Möglichkeit, dass Soldaten der Schweizer Armee (also die Mehrheit der aktiven Bürger) Gedanken denken können, die dem Geschmack der Offiziersgesellschaft nicht entsprechen, also eigene Gedanken. Solche Unsicherheitsfaktoren sollen nach dem Willen dieser Offiziere ausgemerzt werden. Die Herren wollen Listen anlegen von politisch Unzuverlässigen, Listen, ohne die man in Athen in der Nacht zum 21. April (Putsch der Generäle im Jahr 1967, Anm. der Red.) nicht gewusst hätte, wer zu verhaften und ins Konzentrationslager zu schicken ist.»

Roman Brodmann über das Konzept zur «Geistigen Landesverteidigung» der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, in der «Zeitschrift Neutralität», Nr. 4/5 1967.



### «Die Linken so in Lager zusammenfassen»

«Der Oberst seinerseits wurde jetzt immer redseliger, erzählte von Manövern, von der Ertüchtigung seiner Rekruten; hart, aber gerecht, davor haben die jungen Pörschli Respekt. Keine Disziplinprobleme, die meisten sind gefreut. Keine Linken mehr, von denen man etwas merkt, die Zeiten der Flugblattverteilung seien vorbei. Man wisse aber schon, wer links sei, und diese behalte man im Auge, für den Fall. Und im Krieg, was macht dann die Armee mit den Linken, wollten wir wissen. Das ist doch klar, sagt der Oberst, dann werden wir sie konsternieren. Wie dürfen wir das verstehen, wurde gefragt; wir hatten das Verb in seiner transitiven Form noch nicht kennengelernt. He, natürlich so in Lagern zusammenfassen, eben konsternieren. Die Pläne seien gemacht.»

Niklaus Meienberg, «In Hüttwilen», Wirtschaftsgespräch aus dem Jahr 1976 mit Oberst Alois Carnier, Waffenplatzkommandant in Frauenfeld; veröffentlicht in «Vorspiegelung wahrer Tatsachen», Limmat Verlag Zürich, 1983, Seite 23.

Thorberg, Berner Oberland, Spuren in Uri

# Plant Schweizer Armee Volksgefängnisse?

Der Brief mit dem Absender «Schweizerische Bundesanwaltschaft» trägt das Aktenzeichen «C.8.90/B/re» und ist datiert vom 15. September 1950. Das bald 40jährige Schreiben – nachzulesen im Bundesarchiv zu Bern – erhält seit wenigen Tagen politische Brisanz. Explizit wird darin der damalige Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements, Eduard von Steiger, über ein Thema informiert, das «z. Zt. keine einflussreichen Erörterungen in der Öffentlichkeit zulässt.» Die Bundesanwaltschaft berichtet, dass sie «schon seit längerer Zeit» der militärischen Einteilung der Angehörigen der PdA (Partei der Arbeit) ihre besondere Aufmerksamkeit widmet und «in Verbindung mit den Kantonen Anordnungen für die vollständige Erfassung der Kommunisten in der Armee getroffen» hat. Schwierigkeiten gebe es noch mit «einigen Kantonen der welschen Schweiz», die mit der Lieferung der gewünschten Angaben im Verzug seien. «Ist die karteimässige Erfassung einmal vollständig, so wird sich beurteilen lassen, welche Massnahmen für den Fall der Mobilmachung die geeignetsten sind.» Vorgeschlagen wird: «Isolierung der Kommunisten von der Einheit, Verhaftung, Ausschluss aus der Armee». Doch bereits vor einer Mobilmachung sollte der Bundesrat zuschlagen: «Fasst der Bundesrat in einem Zeitpunkt erhöhter Gefahren den Entschluss, die politisch Gefährlichen, d. h. die Köpfe der sog. 5. Kolonne, zu verhaften und zu internieren, so ist damit die Armee beim Einrücken zur Mobilmachung von der ersten Garnitur der Kommunisten bereits befreit.» Die Bundesanwaltschaft bittet den EJPD-Chef, den «bisher bloss provisorischen Weisungen für den territorial-dienstlichen Polizeidienst» möglichst bald einen definitiven Charakter zu geben. Nur so könnten die notwendigen Sicherheitsmassnahmen «gründlich und endgültig» vorbereitet werden.

Die vom EMD geführten Verdächtigten-Listen sind nicht Selbstzweck. Die Armee will im «Krisenfall» die registrierten Personen verhaften und in Lager internieren. Die Ursprünge dieser Lager-Mentalität reichen vierzig Jahre zurück: Im Jahr 1950 schlug die Bundesanwaltschaft dem Bundesrat für einen «Zeitpunkt erhöhter Gefahr» die Internierung von «politisch gefährlichen Köpfen» vor. Noch heute planen Armee-Einheiten vorwiegend im Alpenraum Internierungslager, in denen nicht nur Kriegsflüchtlinge, sondern auch Schweizer BürgerInnen gefangen gesetzt wurden.

Die Folgen dieses Schreibens sind seit kurzem bekannt: ein bisher nicht veröffentlichter Beschluss des Bundesrates über die «Wahrung der Sicherheit des Landes» aus dem Jahr 1951, der noch heute die Grundlage für diese «gründliche» Schnüffeltätigkeit bildet.

### 1967: Ad-Hoc-Konzentrationslager

Seit dem Beginn der 50er Jahre dringen aus dem EMD immer wieder Einzelheiten über diese Aufrüstung gegen den «Inneren Feind» an die Öffentlichkeit. Wer's wissen wollte, konnte schon vor fast 25 Jahren in der welschen Zeitung «Der Kriegsdienstgegner» Details aus dieser Lager-Strategie nachlesen. Im Juni 1966 hatten Staboffiziere des Territorial-Kreises 16 die Internierung von Kriegsdienstgegnern in sogenannten «camps de concentration ad hoc» geprobt. Im Krisenfall wären – in Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikorps – die Strafanstalten von Witzwil oder das Schloss Nidau kurzerhand zu «ad-hoc»-Internierungslagern umfunktioniert worden. Wer damals auf den Verhaftungslisten der Territorial-Truppe gestanden hätte, konnte sich der Autor des Artikels vorstellen: «Kommunisten, jurassische Autonomisten, Militärdienstverweigerer, Pazifisten, Atomkriegsgegner usw.»

### 1972: Gefangenen-Austausch in Thorberg

Nur wenige Jahre später, im Herbst 1972, entdeckte ein Zürcher Justizstudent ein weiteres Internierungslager für Oppositionelle – die Strafanstalt Thorberg vor den Toren

Berns. Der Student besuchte im Rahmen einer Untersuchung des Schweizerischen Strafvollzuges dieses Gefängnis und traute seinen Ohren nicht, als ihm sein Gesprächspartner mitteilte, dass 100 Thorberg-Plätze im «Krisenfall» sofort geräumt und der Armee für die Internierung von «subversiven Elementen» zur Verfügung gestellt werden. Über diesen geplanten Gefangenen-Austausch in Thorberg durfte der Student in seiner wissenschaftlichen Arbeit über den «modernen Strafvollzug» nichts schreiben – seine Erinnerung ist in diesem Punkt aber auch heute noch intakt. Die Berner Tagwacht spricht am Samstag, den 17. Februar 1990, sogar von 200 Zellen, die im Thorberg für «Schutzhaftegefangene» der Armee zur Verfügung stehen.

### 1980: Übungshalber linke Offiziere verhaftet

Wo der «innere Feind» hockt, konnten Leser der PdA-Wochenzeitung «Vorwärts» im Frühjahr 1980 nochmals genau nachlesen: In einem Kriegsspiel-Szenario der Gesamtverteidigungsübung 1980 wurden linke Offiziere, eine Gruppe von sozialdemokratischen Zivilisten und Mitglieder einer selbstverwalteten Beiz – übungshalber – zur Verhaftung ausgeschrieben. Die Veröffentlichung des geheimen Szenarios löste nicht das erwartete Echo aus: Das EMD lehnte damals eine schriftliche Stellungnahme ab – das Westschweizer Radio musste eine Diskussionssendung zwischen dem verantwortlichen Stabschef Divisionär Hans Rapold und PdA-Nationalrat Jean Vincent wieder absagen – der

Divisionär musste seine Zusage aufgrund eines Befehls aus dem EMD wieder zurückziehen.

### 1985: Auch Zivilschutz im Feind-Einsatz

Das Bild vom «inneren Feind» ist in den letzten Jahren auch in den Zivilschutz eingedrungen. 1985 berichtet die «WochenZeitung» von Ustermer Zivilschutzern, die übungshalber zur «überörtlichen Hilfe» nach Winterthur abkommandiert wurden, um dort den Polizeikräften im Einsatz gegen friedensbewegte Demonstranten beizustehen. Dass just an diesem Abend im heimatlichen Uster das Hallenbad einstürzte und die Zivilschutzler am einzigen Tag, wo sie hätten helfen können, immer noch in Winterthur waren, verschaffte dieser «Feind-Übung» überregionale Publizität.

### Die Territorial-Truppen – eine CH-Securitate?

Die bisher bekannt gewordenen Papier-Szenarien von Militäriübungen mit geplanten Verhaftungen von Oppositionellen oder mit Zellenräumen in Gefängnissen belegen nur die theoretische Vorarbeit. Vorläufig noch im Dunkeln bleiben die konkreten Vorbereitungen der Armee, im «Krisenfall» kurzfristig wirklich bis zu 10 000 BürgerInnen gefangen zu setzen. Hinter der Abteilung «Territorialdienst» und der «Sektion Schutz und Betreuung» im EMD verbirgt sich ein militärisches Machtinstrument, das im Krisenfall gegen den «inneren Feind» eingesetzt werden kann. Das ganze Land ist in mehrere Territorial-Zonen aufgeteilt – die Innerschweiz bildet beispielsweise die Territorial-Zone 9. Die Kommandostellen der einzelnen Territorial-Zonen sind das Verbindungsglied zwischen der Armee und den zivilen Behörden – hier erfolgt im Krisenfall auch der Informationsaustausch zwischen den Kantonsregierungen und der Armee. Jede Territorial-Zone besitzt zudem einen eigenen militärischen Sicherheitsdienst, der auch Vorbereitungen für das Vorgehen bei «Unruhen» trifft. Die Sicherheitsdienste der einzelnen Territorial-Zonen besitzen eigene V-Listen. Denn im Krisenfall würde kaum jede Territorial-Zone in Bern telefonisch nachfragen, wer jetzt zu verhaften sei.

Zu den Territorial-Truppen gehören «Betreu»-Detachements, die offiziell für die Internierung von Kriegsgefangenen und die Betreuung von Kriegsflüchtlingen ausgegildet werden. Seit Beginn der 80er



nee

Jahre wird in diesen «Betreu»-Kompanien auch der Bau von Internierungslagern geübt. Wer den Bau von Lagern für Kriegsgefangene perfektioniert, kann bei Bedarf diese Lager auch mit anderen «Gefangenen» füllen.

### 1987: Lagerbau im Berner Oberland

Im Berner Oberland über alle drei Jahre ein Betreu-Detachement der Territorial-Zone 2 den Bau von Internierungslagern. Zu dieser «Betreu»-Einheit gehören Bautrupps, Architekten, Wachsoldaten, Köche und auch Dolmetscher. Offiziell werden die Soldaten für die Betreuung von Flüchtlingen und Kriegsgefangenen ausgebildet. Ein Internierungslager besteht aus 20 Grossraum-Zelten, einer massiven Stacheldraht-Absperrung und zwei Holz-Wachtürmen.

Soldat X. berichtet über seine Erfahrungen beim Lagerbau: Der früher eher lockere Betrieb in dieser Einheit hat sich seit Anfang der 80er Jahre verschärft. Vor 1980 konnte diese Truppe während des WKs meist medienwirksame Ferienlager für Behinderte durchführen. Doch seither gelten andere Prioritäten: der Bau von Internierungslagern mit allem, was dazugehört. Die Zielvorgabe für die Truppe lautet: Innerhalb drei Tagen muss jede Kompanie ein Lager für 600 Internierte bauen. Die drei Kompanien der «Betreu»-Einheit wären also in der Lage, bereits drei Tage nach dem Einrücken 1800 Menschen «betreuen» zu können.

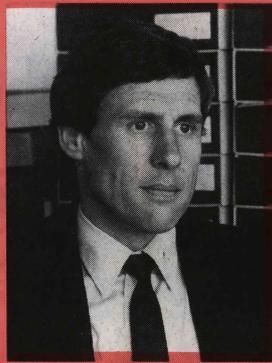
Im WK wurde auf einer Matte am rechten Talhang hinter Lauterbrunnen ein Internierungslager aus dem Boden gestampft, während einigen Tagen «übungshalber» betrieben und dann wieder abgerissen. In Adelboden, wo es zu wenig ebene Fläche für ein Zeltlager gibt, wurde 1981 das alte, damals leerstehende Hotel «Regina» in ein Interniertenlager umfunktioniert. In späteren Jahren übte die Kompanie in einem anderen Gasthaus von Adelboden. Geprüft wird meist an den gleichen Orten – damit die Truppe im Krisenfall die örtlichen Verhältnisse kennt und in der vorgeschriebene Zeit die notwendigen «Lager-Kapazitäten» zur Verfügung stellen kann.

Soldat X. ist erstaunt über das forsche Tempo. Er fragt sich, warum seine Einheit drei Tage nach einer Mobilmachung bereits 1800 «Flüchtlinge» im Berner Oberland internieren soll. Von einem älteren Offizier, zu dem er ein Vertrauensverhältnis aufgebaut konnte, will Soldat X. wissen: «Woher kommen drei Tage nach Kriegsausbruch so viele Flüchtlinge oder Internierte – fallen die vom Himmel?» Der Offizier weicht einer Antwort aus. Soldat X. lässt nicht locker: «Sind die Lager auch für subversive Elemente – für Schweizer – gedacht?». Der Offizier bejaht: «Ja klar, auch für diese bereiten wir uns vor.» Nach heute – Jahre nach diesem Gespräch – ist X. erschüttert: «Es war erschreckend. Der Offizier hat nichts abgestritten und die Internierung von

Auf den neuen Fichenblättern waren zum Teil banale, zum Teil auch empörende Informationen über meine politischen Aktivitäten von 1970 bis 1984 zusammengefasst. Die eigentlichen Dossiers mit den Polizei- und Spitzelrapporten konnte ich jedoch nicht anschauen. Da bin ich im Zusammenhang mit all den Dritte-Welt-Gruppen verzeichnet: Arbeitsgruppe Dritte Welt, natürlich auch im Zusammenhang mit dem Nestlé-Prozess, Arbeitsgruppe für Kirche und Gesellschaft, Erklärung von Bern, Arbeitskreis kritische Kirche, Kritische Ökonostudenten, Komitee gegen die Waffenausfuhr, dann auch Tagungen in der Evangelischen Heimstätte Gwatt, in der katholischen Paulus-Akademie, im Zentrum Salecina. Empörend ist, dass sogar Präsenzlisten von Zusammenkünften solcher Gruppen, auch von Sitzungen im kleinen Kreis, offensichtlich bei der BUPO gelandet sind. In meinen Fichen standen auch zwei Hinweise auf Akten im EMD, die mich besonders interessierten, denn ich versuchte schon vorher, an die militärischen Akten über mich heranzukommen.

### Seit wann hast Du versucht, an Deine EMD-Akten heranzukommen?

Ich wollte als Offizier wissen, was im EMD gespeichert war. Ich schrieb schon im Dezember 89 an die Untergruppe Nachrichten und Abwehr, UNA, so heisst der militärische Geheimdienst, und verlangte Akteneinsicht. Die UNA schrieb mir, sie sei nicht befugt, ich solle mich an das Bundesanwaltschaft sowie an das



## «Ruedi Strahm, was stand auf Deiner Fiche?»

zuständige Bundesamt der Truppengattung wenden. Später schrieb mir die Bundesanwaltschaft, sie sei nicht befugt, auf Anfragen an die UNA Antworten zu erteilen. Und noch später schrieb mir der Chef Abwehr, Oberleutnant Peter Huber (gleichzeitig BUPO-Chef), dass über mich bei den Generalstabsdiensten keine Akten bestünden.

### Jetzt weiss man: Dreimal hat man Dich angelesen. Wie hast Du dies bemerkt?

Ich fand in den Fichen zu meiner Person zwei Eintragungen, die auf die UNA als Quelle hinwiesen. In einem Vermerk vom 4. 6. 76 stand zwischen viel Abgedecktem: «Figuriert auf der Liste der suspekten Offiziere, bekannt beim Sicherheitsdienst der Armee» (übersetzt). Ich verglich diese Hinweise mit dem Brief von Oberleutnant Peter Hu-

ber, der mir die Nichtexistenz solcher Akten versicherte. Ich ging nach der Ficheneinsicht hinaus und liess vor den versammelten Presseleuten vor der Bundesanwaltschaft meinem Zorn freien Lauf. So kam die erneute Glasnost-Welle ums EMD ins Rollen. Beizufügen ist noch: Diese Medienleute vor der Bundesanwaltschaft waren vom Komitee gegen den Schnüffelstaat dorthin bestellt worden. Ich glaube, die Publizität ist auch das Verdienst dieser Leute. Leute wie Catherine Weber, Jürg Frischknecht und andere machen grossartige Arbeit. Sie kämpfen seit Jahren für die demokratischen Rechte der Bürger und Bürgerinnen.

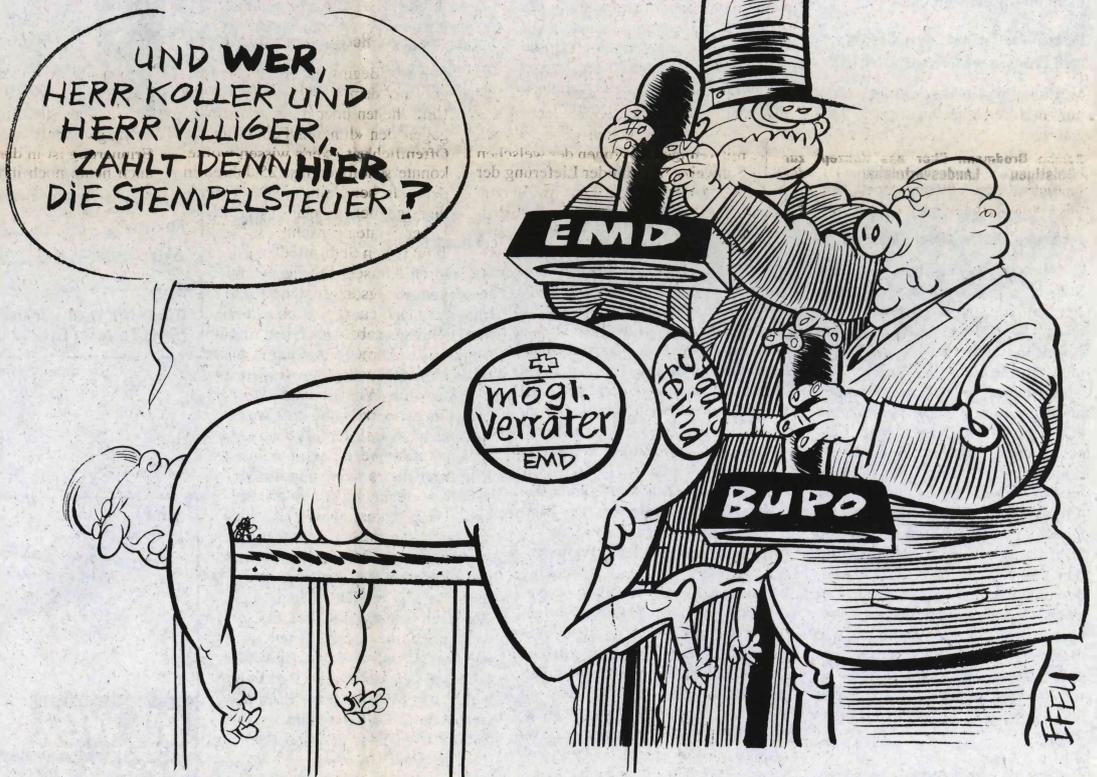
### Wie hat das EMD auf Deine Veröffentlichungen reagiert?

Nun, das meiste ist bekannt. Das EMD musste noch am gleichen Tag

die Existenz solcher Listen von suspekten Offizieren zugeben. Ich hatte am 14. Februar 1990 ein (von ihm gewünschtes) Treffen mit dem Geheimdienstchef, Oberleutnant Huber. Es war um 11 Uhr vereinbart. Zehn Minuten vorher kam ein Telefon aus dem Bundesrat, dass Huber ab sofort beurlaubt sei. Ich traf auf einen völlig verwirrten und verunsicherten Geheimdienstchef. In einem zwanzigminütigen Gespräch fand ich aber heraus, wie heute immer noch das Überprüfungsverfahren bei Beförderungen von Offizieren vor sich geht. Es wird auch heute noch auf drei Quellen zurückgegriffen, nämlich Bundesanwaltschaft, Kantonsinstanzen und Betriebsamt, und anschliessend wird ein Überprüfungsbericht erstellt. Huber beteuerte mir gegenüber, die Liste «suspekter Offiziere sei vernichtet worden.

### Wie soll es jetzt weitergehen?

Eine neue PUK resp. die Weiterarbeit der bestehenden PUK ist unerlässlich. Aber ich finde es am wichtigsten, dass die Dossiers der Bundesanwaltschaft, die auch die Polizeirapporte und die Informationsberichte enthalten, die Präsenzlisten, usw. auf keinen Fall vernichtet werden dürfen. Denn diese Dossiers werden einst wertvoll sein für die Geschichtsschreibung, für die Verbandsgeschichte und für Biographien. Die Dossiers gehören nach der Einsicht durch die Betroffenen ins Bundesarchiv!



Schweizern als Selbstverständlichkeit hingestellt.»

### 1990: Spurensuche in Uri

Jahre ist's her, seit ein Urner Offizier einem andern Offizier – am Biertisch – ähnliches anvertraute: «Für den Fall einer Bedrohungslage sind Vorbereitungen für die Internierung von Leuten getroffen, die auf schwarzen Listen stehen». Dieser Satz ist nicht der einzige Hinweis auf die Existenz eines Urner Lagers: Mitte der 70er Jahre beschäftigte ein Gerücht die lokale Opposition – Studenten und Lehrlinge, die sich damals um eine Alternativenzeitung geschart hatten. Der Inhalt des Gerüchts: «Ihr Linken werdet im Ernstfall von Truppen der Territorial-Zone 9 in Unterschächen interniert.» Unterschächen liegt im Urner Schächental, nur wenige Kilometer vom Urner Kantonshauptort entfernt. Das

Tal ist eine Sackgasse, gut abgeschirmt gegen die Aussenwelt, nur eine Zufahrtsstrasse, links und rechts steile Berge. Ein idealer Ort für ein Lager. Ungläubig hatten damals die jungen UrnerInnen die Aussicht, von der Armee im Schächental interniert zu werden, als wildes Gerücht abgetan. Fünfzehn Jahre sind seither vergangen – und inzwischen ist die Existenz der «schwarzen Listen» bewiesen.

Die Spurensuche im Schächental ist schwierig. Viele Einheimische wissen nichts von einem Internierungslager. Andere haben – gerüchteweise – davon schon gehört, aber Genaueres ist nicht bekannt. Ein Hinweis hilft weiter – ein neuer Informant wird gefunden. Unter der Voraussetzung, dass er seinen Namen nicht preisgeben muss, sagt er, was er weiss: «Im Dorf Unterschächen, hinter dem Hotel Brunntal, auf einem

ebenen Feld, das Hofstatt genannt wird, wird im Kriegsfall ein Internierungslager gebaut. Vor etwa zehn Jahren waren Offiziere in Unterschächen und haben das Gelände vermessen. Sie trugen Pläne bei sich, die ein Zeltlager mit Stacheldraht zeigten. Vor etwa zwei Jahren waren die Offiziere wieder in Unterschächen. Sie quartierten sich im Hotel Brunntal ein und besichtigten das direkt vor ihren Hotelzimmern gelegene Lager-Gelände – für den Ernstfall, wie sie sagten.» Erstaunlich ist, dass im abgelegenen Urner Schächental – anders als im Berner Oberland – noch nie übungshalber ein Lager mit Stacheldraht und Wachtürmen aufgestellt wurde. Sollte der Standort Unterschächen geheim bleiben, damit er im Krisenfall auch für sehr heikle Einsätze zur Verfügung steht?

### Gesucht: Lager-Standorte

Da der Bundesrat immer nur soviel zugibt, wie ihm konkret vorgehalten werden kann, rufen wir alle auf, uns ihr Wissen über militärische Vorbereitungen für den Bau von Internierungslagern mitzuteilen. Wichtig sind Namen von Armeeeinheiten, die den Bau solcher Lager vorbereiten, die geplanten Standorte für Internierungslager oder die genaue Bezeichnung von Gebäuden, die im sog. «Krisenfall» als Internierungslager zweckentfremdet werden. Alle Hinweise werden streng vertraulich behandelt.



# “FDP-Oberst Hans W. Kopp war zwischen 1980 und 1988 Chef der psychologischen Abwehr der Schweiz und vieles mehr ...”

In den nächsten Wochen wird vorerst in französischer Sprache das Buch «Contre-enquête: Une Suisse sous influence» erscheinen. Die beiden Journalisten Pascal Auchlin und Frank Garbely haben während Monaten Zehntausende von Aktenseiten studiert und Hunderte von Zeugen befragt. Fichen-Fritz bat die beiden Buchautoren um eine Einschätzung der Affäre. Fazit auch hier: Alle Spuren führen ins EMD.

### Ihr habt während Monaten recherchiert. Ist die Affäre Kopp ausgestanden?

Nein. Die PUK hat sicher eine immense Arbeit geleistet, welche von den Medien uneingeschränkt gelobt wurde, aber die Arbeit der PUK war leider auf das EJPD beschränkt. Viele interessante Fälle stammen aber nicht aus diesem Bereich.

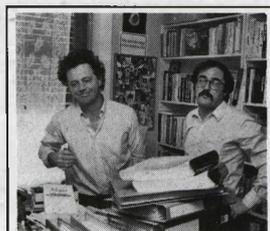
### Ihr habt den Eindruck, dass die PUK noch zu wenig weit vorgestossen ist?

Vermutlich ja, und vermutlich nicht nur im Bereich der nicht entdeckten Karteien ...

### Euer Buch geht – wenn wir richtig informiert sind – zurück in das Jahr 1975, beginnt also mit der Affäre Jeanmaire. Warum dieser Rückblick?

Es ist nicht zu übersehen, dass viele Schweizer Polizisten und Richter im Bereich des organisierten Verbrechens über Jahre ausgezeichnete Arbeit leisteten. In Biel, im Tessin, und selbst in Genf und Zürich. 1985 waren die Behörden über alles informiert. Warum also die nachfolgenden Pannen? Dies war der Ausgangspunkt unserer Recherchen. Zuerst dachten wir an die Banken, die gutverdienenden Söldner der internationalen Geldströme. Welche Rolle spielten sie – wir bringen im Buch interessante Einzelfälle – auf dem Hintergrund des aufkommenden organisierten Verbrechens? Der zweite Ansatzpunkt unserer Recherchen war die Frage, warum wusste man einerseits fast alles, und warum geschah auf der anderen Seite so wenig? Überall führte man – wenn überhaupt – die Kriege von vorgestem.

### Gestützt auf eure Unterlagen behauptet ihr, dass das Dulden des organisierten Verbrechens kein Zufall, sondern gewollt war ...



Buch-Tip

Frank Garbely ist freier Journalist und arbeitet regelmässig für die «SonntagsZeitung». Pascal Auchlin ist Redaktor bei der «Tribüne de Genève». Ihr Buch wird im Werd-Verlag in Zürich unter dem Titel «Umwelt eines Skandals» erscheinen.

Diese und andere Fragen muss man sich stellen. Wir sind tatsächlich überzeugt – und dies aufgrund einer Vielzahl konkreter Fälle –, dass sich schweizerische und ausländische Geheimdienste sowohl der Drogenmafia und wie der Waffenschlepper bediente, Zwischen 1976 und 1980 wurde das EMD durch eine Reihe von Skandalen erschüttert. Die Amerikaner waren sauer. Die Schweiz war gezwungen – um das Vertrauen der Amerikaner wieder herzustellen – den Fall Jeanmaire aufzublasen. Das heisst nicht, dass Jeanmaire unschuldig war, aber er war auch das Opfer eines wohlorganisierten Orchesters, bei dem Kurt Furgler, Rudolf Gerber und andere hohe Funktionäre des EJPD und des EMD den Ton angaben. In dieser Zeit gab es parallel zu den Bestrebungen des CIA in den USA auch in der Schweiz starke Tendenzen Richtung Privatisierung der Geheimdienste. Die Insoar AG erhielt Gelder des Nachrichtendienstes. Verwaltungsratspräsident dieser Deckfirma war zeitweise niemand anderes als Kopp-Freund Ulrich Bremi, zurzeit Vizepräsident des Nationalrates! Vorab Zürcher Politiker zogen die entsprechenden Fäden. Die Chemie, die Banken und die Waffenindustrie zogen hinter dem Rücken des Bundesrates eine Organisation auf – halb Geheimdienst halb Waffengeschäftsfiliale. Diese Entwicklung hat niemand anders als alt CVP-Nationalrat Müller Marzohl aufgedeckt, aber der Apparat – allen voran Rudolf Gerber – und die politische Klasse haben ihn kurzerhand kalt gestellt, um nicht die Wahrheit zu erfahren. Bachmann verschwand, ohne dass man ihm den Prozess machte, Weidenmann (Chef des schweizerischen Nachrichtendienstes) ebenfalls. Andere gewannen an Gewicht. Aber der Geist blieb der gleiche.

### Bewegt ihr Euch da nicht im Bereich der politischen Fiktion?

Absolut nicht. Die Realität übertrifft die Fiktion. Ein Hinweis mag hier genügen, um aufzuzeigen, wie sehr private und öffentliche Interessen vermischt wurden, wie unscharf die Grenzen zwischen den einzelnen Departementen und ihren Aufgaben waren. Seit dem Platzen der Affäre Kopp schrieb man viel über die zwei Gesichter des Hans W. Kopp: einerseits der fürsorgliche Ehegatte der Bundesrätin und andererseits der knallharte Zürcher Geschäftsmann. Das dritte Gesicht ging fast vergessen: Obwohl ihm zeitweise sogar ein Armeekommando entzogen wurde, war Hans W. Kopp zwischen

1980 und 1988 Chef der psychologischen Abwehr der Schweiz. Eine Schlüsselrolle.

Es ist mehr als interessant, dass während der genau gleichen Zeit Fred Iklé, ein ausgewandeter Cousin von Elisabeth Kopp, die Nummer 3 des amerikanischen Pentagons unter Ronald Reagan war. Und dieser Fred Iklé spielte eine zentrale Rolle bei dem Versuch, die amerikanischen Geheimdienste zu privatisieren. Sein Einfluss im Rahmen der auslandorientierten USA-Geheimpolitik war enorm. Hans W. Kopp will mit dem Cousin aus Amerika allerdings nur Privates ausgetauscht haben.

### Wir sind – Irrtum vorbehalten – mitten im Irangate-Skandal?

Richtig. Und hier müssen neue Untersuchungen einsetzen. Wir sind mitten in der Grauzone zwischen EMD, Bundesanwaltschaft und Aussenpolitik. Die Entlassung des BUPO-Chefs Huber – der eben auch in diesem Dreieck tätig war – überrascht nicht. Gewisse Beamte waren Komplizen, andere Opfer sehr zweifelhafter Methoden. Hier wurden Kompetenzbereiche vermischt, private Kassen angezapft, um zweifelhafte Unternehmungen zu finanzieren. Nicht nur für uns steht fest: Die zuständigen Bundesräte hatten keinen Überblick über das, was in diesem Dreieck geschah. Bedauerlich, dass auch Bundesrat Koller die Notwendigkeit hier auszumisten nach wie vor nicht einsieht. Und hier schliesst sich der Kreis: Bundesrat Koller war Mitglied jener Kommission, welche den Fall Jeanmaire hätte aufklären müssen. Dann war er Chef des EMD ...

Erst am Dienstag letzter Woche sprach Koller erstmals von notwendiger Transparenz. Es braucht – nach dem unfreiwilligen aber vergoldeten Abgang von Bupo-Chef Huber – weitergehende personelle Konsequenzen in diesem grauen Dreieck, wo mindestens vier bis fünf hohe Beamte nach eigenem Gutdünken schalten und walten. Schon 1980 war die Rede von einer «mafia administrative». Geändert hat sich seither nichts. Dabei findet sich hier das Schmier der Affäre.

Zumindest Kurt Furgler weiss bestens Bescheid. Ihm verdankt wir diese Vermischung zwischen Diensten und Funktionen. In seiner Zeit kamen die Herren Gerber, Huber und Kopp an die Schaltpläne des grauen Dreiecks. Die PUK muss – anders als die Geschäftsprüfungskommission 1980 – hier mit ihrer Arbeit fortfahren. Sonst wird die Affäre Kopp nicht zur Ruhe kommen.

friedenszeitung

## Wir registrieren Euch ohne Fichen!

Die *friedenszeitung* registriert aufmerksam die demokratiefeindlichen Aktivitäten und Umtriebe des EMD, der Militärs, der Gesamtverteidigungs-Totalitaristen, der Waffenhändler etc. – berichtet aber auch über den vielfältigen Widerstand gegen den Militarismus.

Bitte schickt mir

Probenummern

Jahresabonnement (Fr. 40.–)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Einsenden an: *friedenszeitung*, Postfach 6386, 8023 Zürich oder Telefon 01/242 85 28

**DIE WOZ  
SCHAUT AUCH  
HINTER  
DIE NASEN**

Ich abonniere die WoZ für Fr.171.–

Ich möchte die WoZ zur Probe (4 Nummern) beschnüffeln.

Vorname: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an:  
WoZ, Postfach, 8059 Zürich,

**WoZ**  
Die WochenZeitung  
mit dem besonderen  
Riecher



# Computerspezialist Cuttat verlor wegen Verwechslung seine Stelle bei Siemens

Mit den Enthüllungen der letzten Tage ist vielen klar geworden, wie akribisch, aber auch dilettantisch und dumm die Staatsschützer Daten gesammelt haben. Das ändert nichts daran, dass die Schnüfflerei für die Betroffenen zum Teil gravierende Folgen haben kann.

Der 38jährige Marcel Cuttat ist Computerfachmann. Mitte 1985 arbeitete Cuttat als Kundenbetreuer für Computer-Betriebssysteme bei der Firma Siemens-Albis in Zürich. Sein Chef betreute zu jener Zeit die Computer der Armee, und als dieser die Stelle wechselte, sollte Cuttat den Job übernehmen. Dafür sei noch eine Sicherheitsüberprüfung nötig, wurde ihm erklärt. Cuttat gab sein Einverständnis – er hatte ein gutes Gewissen. Umso mehr staunte er, als er abgelehnt wurde. Warum – das erfuhr er nicht.

## Karriere gestoppt

Der Entscheid hatte gravierende Konsequenzen. Zwar betreute Cut-

tat dann doch während fast einem Jahr die Arme-Computer – weil alle andern Mitarbeiter, die in Frage gekommen wären, Ausländer waren. Aber aus «Sicherheitsgründen» wurde ihm der Zutritt zum Armeebunker verweigert: In einer unwürdigen Situation musste Cuttat die Arme-Computer von einer Baracke ausserhalb des Sperrbezirks aus betreten. Nur nebenbei: Obschon er draussen vor der Tür gehalten wurde, verfügte Cuttat über das Systemverwalterpasswort und hatte unbeschränkten Zugriff auf die streng geheimen (und sabotageanfälligen) Daten im Arme-Rechner. Aber das merkten die EMD-Staatsschützer nicht.

Trotzdem: Cuttats Weiterkommen bei Siemens-Albis war damit abrupt beendet. «In der Folge», so Cuttat, «wuchs in mir eine Wut auf die Armee». Er könne zwar verstehen, dass eine Firma, die Lieferant der Armee ist, keine Personen, die von der Armee als potentielle Landesverräter qualifiziert werden, in verantwortungsvolle Positionen befördert. «Ich vermutete ein Missverständnis oder eine Verwechslung und verlangte deshalb Auskunft, was mir genau vorgeworfen wird.»

## Grund: Verwechslung

Diese Offenlegung seines Dossiers wurde Cuttat damals, 1985, verweigert. Cuttats Reaktion: Er kündigte an, solange er nicht genau wisse, was ihm vorgeworfen werde, werde er keinen Militärdienst mehr leisten. Und daran hielt er sich auch, obschon er nur noch 2 EKs zu absolvieren hatte.

Damit geriet er in die Mühlen der Militärjustiz. Erst im Rahmen der resultierenden Untersuchung hatte Cuttat eine Unterredung mit BUPO-Chef Peter Huber, der ihm aber wieder nicht sein Dossier vorlegte, sondern nur «einen Cocktail von Informationen aus den über mich gesammelten Daten, mit denen ich eingeschüchert und beschwichtigt werden sollte». Ein paar Angaben stimmten, andere waren falsch. Der Hauptvorwurf an Cuttat war laut Huber die sogenannte «Aktion Giro-

blau» (ein Aufruf aus Kreisen der AKW-Gegner, die Stromrechnung nicht mit dem vorcodierten Computer-Einzahlungsschein zu bezahlen, sondern mit einem neutralen Formular, um den Elektrizitätsgesellschaften zusätzlichen Aufwand zu verursachen).

Huber schob diese Aktion Cuttat und seinem damaligen Wohnungspartner in die Schuhe – was völlig falsch war. «Mit Sicherheit haben weder ich noch mein damaliger Wohnpartner diese Aktion initiiert oder durchgeführt», sagt Cuttat.

Einmal mehr hatten die Staatsschutz-Schnüffler also dilettantisch gearbeitet – offenbar lag eine Verwechslung vor. Sie zu korrigieren, erhielt Cuttat aber keine Gelegenheit: Auch Bupo-Chef Huber verweigerte ihm die Akteneinsicht.

## Gefängnis als Konsequenz

«Ich möchte nicht unbedingt als Dienstverweigerer dastehen», sagt Cuttat heute rückblickend. «Ich stehe zum Recht jeder Gemeinschaft, sich zu verteidigen. Dieses Recht hat aber auch das Individuum, und es ist untragbar, dass mir mit der Begründung der Staatssicherheit die Einsicht und damit die Korrekturmöglichkeit verweigert wurde.»

Dass EMD-Chef Villiger unterdessen angekündigt hat, dass die Betroffenen auch in diese Kartei in Zukunft Einblick nehmen können, ist für Cuttat ein schwacher Trost. Auf-

grund seiner konsequenten Haltung wurde er wegen «fortgesetzten vorsätzlichen Dienstversäumnisses» im Oktober 1989 zu zwei Monaten Haft verurteilt. Diese Strafe muss er noch absitzen – es sei denn, sein Gnaden-gesuch, das er beim Bundesrat eingereicht hat, werde gutgeheissen.

## Grieche, SP-Mann, Job weg

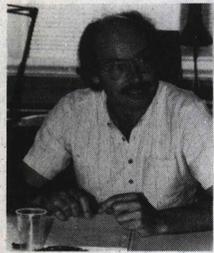
Dimitris Sarisavas kam 1963 in die Schweiz. Als Sohn eines kommunistischen Widerstandskämpfers, aber vor allem als junger arbeitsloser Grieche, der sich von der Schweiz Arbeit und Verdienst verspach. Er fand zuerst Schwarzarbeit, dann legale Arbeit und erhielt nach seiner Heirat mit einer Schweizerin die Niederlassung. Er arbeitete in der STR Standard Telephon und Radio AG als Telefonzentralenkontrollleur zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten. Als 1967 das Militär in Griechenland die Macht übernahm, stellte sich Sarisavas als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Griechenlands in führender Position dem Widerstand in der Schweiz zur Verfügung. Die Folgen: Er wurde von der Polizei beschattet und 1969 einvernommen. Dabei stellte sich heraus, dass diese über seine Post, seinen Umgang und seine Telefone sehr genau Bescheid wusste. Bemerkenswert, da Sarisavas nie ein Geheimnis aus seinem politischen Engagement gemacht hatte. Auch im Geschäft nicht. Nach der Einvernahme verlangte die Polizei von der Standard die Entlassung Sarisavas. Begründung: An seinem Arbeitsplatz in Telefonzentralen habe er die Möglichkeit, Sabotage zu betreiben.

Dank dem Stehvermögen seines unmittelbaren Vorgesetzten widerstand die Standard dem Druck. 1970 zog Sarisavas aus politischen und persönlichen Gründen nach Genf und bewarb sich bei der Standard-Filiale Genf um Arbeit. Die Techniker hätten ihn gerne eingestellt, der Personalchef verwiegerte aber aus den oben erwähnten politischen Motiven die Anstellung. Ähnliches wiederfuhr ihm, zurück in Zürich, bei der SBG. Seinen Arbeitsplatz dort als Programmierer/Serviceemann hatte er bereits besichtigt, über den Lohn herrschte Einigkeit, der Vertrag schien lediglich noch eine Formalität. Doch auch hier waren die geheimen Dossiers im Hintergrund stärker. Inzwischen wurde es Sarisavas amtlich bestätigt, dass er zu den bundesanwaltschaftlich Registrierten gehört.



Leuenberger, Furgler, Braunschweig, Sigerist und

# Das CH-Berufsverbot-System



Moritz Leuenberger hatte als Präsident der PUK Einsicht in die Fichen. Gegenüber dem Fernsehen hielt er wörtlich fest: «Diese Fichen und Dossiers wurden benutzt, um absolut legal arbeitenden, etwas kritisch denkenden Leuten den Zugang zur Arbeit zu verwehren.» Es geht hier also nicht um Dilettantismus, sondern um die schweizerische Form des Berufsverbotes.

Kurt Furgler war während zehn Jahren Chef des EJPD. Unter ihm wurde der Überwachungsstaat massiv ausgebaut. Heute plagt den alt Magistrate das schlechte Gewissen. Gegenüber dem Fernsehen erklärte Furgler: «Wenn schon einzelne Menschen geradezu geschädigt sein sollen, müssen sie entschädigt werden.» Späte Reue eines alten Sünders.

Hansjörg Braunschweig gehört zu den wenigen hundert Menschen, die bis heute ihre Kartei einsehen konnten. Die Politische Polizei hatte nicht weniger als 40 Karteikarten über ihn vollgeschrieben. 1963 arbeitete Braunschweig bei der Rotkreuzliga. Vermerk auf der Fiche: «Liga wird diskret auf die etwas unglückliche Wahl des B. aufmerksam gemacht.»

Peter Sigerist ist ein aktiver Gewerkschafter. Er wurde bei der Berner Druckerei Büchler wegen seiner gewerkschaftlichen Arbeit entlassen und ging deshalb vor Gericht. Peter Sigerist verlor diesen Prozess, weil er die Wahrheit nicht beweisen konnte. Auf der BUPO-Fiche konnte er jetzt lesen: Aus politischen Gründen «untragbar»



## Demo-Züge ab:

Basel	11.00	12.00
Brig	11.25	12.01
Chur	09.41	10.48
Luzern	11.13	11.46
Schaffhausen	10.09	11.09
St. Gallen	10.20	10.43
Zürich	11.28	12.03

# Wider eine Kultur als Alibi

**Die gleichen Behörden, die die schweizerische Bevölkerung systematisch bespitzeln, wollen sich im Jubeljahr 1991 unter anderem durch die Kultur feiern lassen. Immer mehr Kulturschaffende erklären, dass sie da nicht mitmachen wollen: Keine Kultur für diesen Schnüffelstaat!**

Mehrere hundert Kulturschaffende aus allen Landesteilen und allen Kunstsparten haben eine Erklärung unterzeichnet, die Ende Januar auf Initiative einiger SchriftstellerInnen und der WoZ-Redaktion zustande gekommen ist. Die Erklärung setzt die Staatsjubelfeier, mit der sich Behörden und Institutionen 1991 grossteils in obrigkeitstaatlicher

Manier abfeiern lassen wollen, in einen Zusammenhang mit den Spitzelpraktiken, für welche die gleichen Behörden verantwortlich sind. Die Erklärung steht unter dem Titel «Keine Kultur zur Feier des Schnüffelstaates» und schliesst mit den Sätzen: «Im staatlich finanzierten Jubiläums-Schaufenspieler sollen wir kritisch sein. Sind wir es ausserhalb, werden wir als Staatsgegner registriert.

*Wir haben nicht im Sinn, dieses Doppelspiel mitzuspielen. Deshalb erklären wir gemeinsam:*

– dass wir nicht bereit sind, einen Schnüffelstaat zu feiern, auch nicht durch «konstruktive Kritik», über deren Konstruktivität die Schnüffler an der Berner Taubenstrasse befinden;

– dass diejenigen, die an einem der zahlreichen CH-700-Projekte beteiligt sind, ihre Mitarbeit überdenken und sich vorbehalten, aus den Pro-

jekten ganz auszusteigen, falls bis Ende Jahr nicht alle Registrierten volle Einsicht in Fichen und Akten erhalten und die Polizei ihrer Schnüffelaufgabe entledigt ist.»

Erstunterzeichnet wurde diese Erklärung von: Andreas Balmer, Schriftsteller, Präsident der Gruppe Olten; Beat Brechbühl, Schriftsteller und Verleger; Urs Faes, Schriftsteller; Franz Höhler, Kabarettist und Schriftsteller; Arnold Künzli, Philosoph; Mariella Mehr, Schriftstellerin; Niklaus Meienberg, Schriftsteller; Adolf Muschg, Schriftsteller; Paul und Goldy Parin-Matthèy, Psychoanalytiker, Psychoanalytikerin; Hans-Ulrich Ramseier (Rams), Rockmusiker; Isolde Schaad, Schriftstellerin; Irène Schweizer, Musikerin; Hans Stürm, Filmemacher; Otto F. Walter, Schriftsteller.

Die breit angelegte Unterschriftensammlung, die die WoZ organisierte, stiess auf beträchtliches Echo.

Innerhalb von knapp 14 Tagen kamen mehrere hundert Unterschriften zusammen, darunter die der SchriftstellerInnen Gertrud Leutenegger, Jürg Federspiel, Giovanni Orelli, Kurt Marti, Anne-Lise Grobéty und Gaston Cherpillod, die der Musiker Mathias Rüegg, Sandra Goldner und Polo Hofer, des Clowns Pello, der KunstmalereInnen Gottfried Honegger und Miriam Cahn, der Filmemacher Alain Tanner, Kurt Gloor und Daniel Schmid, die des Kabarettisten Emil Steinberger und des Chantaur/Liederers Linard Bardill usw. Die gesamte Namensliste ist in der WoZ Nr. 8 vom 23. 2. abgedruckt.

Für einige der angefragten Kulturschaffenden war die Erklärung nicht ultimativ genug formuliert. Peter Bichsel etwa fand, dass die Erklärung den Behörden sozusagen «noch eine Chance lasse», die sie einfach nicht mehr hätten. Verschie-

dene KünstlerInnen fanden ausserdem, dass es auch abgesehen vom ganzen Bupo-Skandal schon mehr als genug Gründe gebe, um an der geplanten 700-Jahrfeier nicht mitzumachen, zum Beispiel das Konzept der Feier, das zu einem beträchtlichen Teil auf eine obrigkeitstaatliche Selbstfeier angelegt ist und ausserdem eine Anzahl eidgenössischer Lebensjahre feiern will, die zumindest nicht einfach unumstritten bleiben dürfte.

Was wird eigentlich gefeiert? Und was gibt es an diesem «Staatswesen» überhaupt noch zu feiern? Solche Fragen sind natürlich auch für die UnterzeichnerInnen der Boykott-Erklärung nicht vom Tisch. Die Diskussion darüber wird nun erst beginnen. Verschiedene Kulturschaffende werden sich in den kommenden Wochen in der WoZ zu Wort melden.

Andreas Simmen

## Interview mit dem Archivar und Gewerkschafter Roland Gretler

# 100 Jahre 1. Mai – Die Polizei war auch dabei



Exklusivbild für die Ausstellung  
VORWÄRTS – und nicht vergessen / Hundert Jahre 1. MAI im Bild

**Der Kampf gegen den Schnüffelstaat soll auch am diesjährigen 1. Mai zu einem wichtigen Thema der Kundgebungen werden. Aktuelle Forderung dazu soll sein, die seit 100 Jahren – d.h. seit es Mai-Kundgebungen gibt – praktizierte polizeiliche Überwachung der Teilnehmer dieses Kampf- und Feiertages einzustellen. In einem Gespräch erläutert Roland Gretler vom Bildarchiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung seine Initiative.**

**Wie wurden Sie auf die polizeiliche Überwachung der Maikundgebungen aufmerksam?**

Zuerst als aktiver Teilnehmer an diesen Veranstaltungen. Im Zusammenhang mit einer Ausstellung zur Geschichte des 1. Mai, an der ich gegenwärtig arbeite, stiess ich dann auf eine Anweisung des Eidgenössischen Generalanwaltes an die Kantone, in der diese ersucht wurden, die Arbeiterfeier des 1. Mai 1890 – eben der ersten Maifeier – zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten. So geschah es dann auch damals und seither immer.

**In einem Brief ersuchten Sie im Januar 1990 den EJPD-Vorsteher Arnold Koller, diese Weisung offiziell aufzuheben. Haben Sie darauf eine Antwort erhalten?**

Ja, Herr Koller liess mir mitteilen, dass die von mir aufgeführte Weisung ihm nicht bekannt sei und die entsprechenden Abklärungen im Bundesarchiv wären zu zeitraubend.

Heute, so versicherte er, lägen die 1.-Mai-Feiern «nicht im Beobachtungsfeld der Bundespolizei», allerdings würden sie von verschiedenen Kantonen aus eigener Initiative beobachtet und die Ergebnisse der Bundesanwaltschaft mitgeteilt. Es ist also keine Frage, dass überwacht wird.

**Hat die Arbeiterbewegung diese Überwachung hingenommen, oder versuchte sie sich dagegen zu wehren?**

Schon von der zweiten 1.-Mai-Feier an war die Abschaffung der politischen Polizei eine Hauptforderung, und sie blieb es auch in den folgenden Jahrzehnten bis in die 30er Jahre. Schliesslich stellt die Arbeiterbewegung in jener Zeit die eigentliche demokratische Kraft in der Gesellschaft dar, welche die Einlösung der Versprechungen der bürgerlichen Revolution verlangte. Nicht zufällig wurde der 1. Mai genau 100 Jahre nach dem Bastillesturm in Paris geschaffen. Heute stellen die aktiven Teile der Arbeiterbewegung zusam-

men mit allen neuen sozialen Bewegungen jene gesellschaftliche Kraft dar, welche für Demokratie und Freiheitsrechte kämpft, allerdings in Übereinstimmung mit sozialrechtlichen und ökologischen Forderungen.

**Was also soll getan werden?**

Nicht nur am 3. März, sondern auch am 1. Mai soll gegen den Schnüffelstaat demonstriert werden. Die Abschaffung der politischen Polizei soll neben dem offiziellen Motto «für ein soziales Europa» zum wichtigsten und mobilisierenden Thema der diesjährigen Maikundgebungen werden. Damit soll an die Tradition des Kampfes für demokratische Rechte angeknüpft werden. Otto F. Walter hat einen Aufruf verfasst, der von verschiedenen Persönlichkeiten unterzeichnet werden soll und der dann vor dem 1. Mai veröffentlicht wird. Also: Alle an den 1. Mai – Gegen die Schnüffelpolizei!

**Otto F. Walter**

Demokratie heisst auch: Vertrauen gegen Vertrauen. Nicht der Übereifer einiger Beamter, sondern die millionenteure Schnüffel-Strategie des Bundesrats hat dieses Vertrauen ruiniert.

Wo bleiben die politischen, die personellen Konsequenzen? Ich plädiere für die Abschaffung der Bundespolizei. Ich plädiere dafür, dass wir als Bürgerinnen und Bürger die Wiederherstellung unserer Menschenrechte – auch des Rechts auf die Freiheit der Meinungsäusserung! – unmissverständlich einklagen – gegen jeglichen Kriminalisierungsversuch der politisch Unangepassten durch den CH-Überwachungsstaat!

© Ausstellung 100 Jahre 1. Mai



Rosmarie Bär

# «Was tat und was tut der Bundesrat?»

Seit Ende November ist es publik: Während Jahrzehnten wurden in unserem Land Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern von der Bundespolizei bespitzelt, überwacht und registriert. Betroffen davon ist die «andere Schweiz», Mitglieder von Frauen- und Friedensorganisationen, von 3.-Welt- und Anti-AKW-Bewegung, von grünen und linken Parteien. Registriert wurden nicht rechtswidrige Handlungen oder Gewalttaten; überwacht wurden von der Mehrheitsmeinung abweichende Ideen. Das Ausüben der verfassungsmässigen Grundrechte wurde als staatsfeindlicher Akt stigmatisiert.

Das ist mehr als ein Skandal. Wer es bis heute nicht wahrhaben wollte, muss spätestens seit den neuesten Kartei- und Listen-Funden in den Geheimschränken der Bundesanwaltschaft einsehen, dass wir von einer Staatskrise sprechen müssen. Was tat und tut der Bundesrat seit dem Erscheinen des PUK-Berichtes? Hat er die staatspolitische Tragweite der aufgedeckten Missstände und ihre Folgen erkannt? Ich glaube

nicht. Mit einem eines Rechtsstaates unwürdigen Bittgang nach Bern, dorthin, wo das Unrechtmässige geschah und zu jenen Leuten, die dafür verantwortlich sind, mussten die Opfer um Einsicht in ihre Akten nachsuchen. Gemäss der neuesten Weisung des Bundesrates wird nur noch bis Ende März 1990 Auskunft erteilt. Dann wird nach den Worten von Bundespräsident Koller «die Vergangenheitsbewältigung liquidiert». Auf den Fichen werden die Quellen der Informationen nach wie vor abgedeckt. Informantenschutz nennt der Bundesrat dieses Vorgehen. Bei anderen Ländern sprechen wir gerne von Spitzeln und Denunzianten. Solange das Wohlwollen ausländischer Geheimdienste und privater Zuträger (auch für nachweislich falsche Angaben!) dem Bundesrat wichtiger ist als das Vertrauen des Volkes, in dessen Namen er gewählt wurde, solange hat die Vergangenheitsbewältigung nicht einmal begonnen.

Es gibt nur einen Weg, das verlorene Vertrauen wieder herzustellen: 1. Der Bundesrat tut endlich, was

vor drei Monaten fällig war, er entschuldigt sich bei den Geschädigten, auch im Namen der früheren EJPD-Vorsteher Kopp, Friedrich, Furgler und von Moos. (Warum lassen die eigentlich nichts von sich hören?)  
2. Der Bundesrat schiekt allen Betroffenen unaufgefordert die persönlichen Fichen nach Hause.  
3. In die Dossiers ist ebenfalls Einsicht zu gewähren.  
5. Die Betroffenen sollen selber bestimmen können, was mit ihren Akten zu geschehen hat, auch über den 31. März hinaus.

Damit dies alles geschieht, muss der Druck aus der Bevölkerung auf den Bundesrat und auf das Parlament verstärkt werden. Verlangen Sie Akteneinsicht! Beschweren Sie sich, wenn Ihnen diese nicht vollständig gewährt wird. Sind nicht sogar Schadenersatzforderungen von denjenigen zu stellen, denen durch die Schnüffeltätigkeit materieller Schaden entstanden ist? Und schliesslich: Die PUK muss ihre Arbeit weiterführen.

# 100 Jahre zuviel

## 1848-1888

Wie es einmal war und wieder sein soll: Die Schweiz lebt gut ohne Polit-Polizei.

## 1889/1890

Die Schweiz gründet BUPO und Bundesanwaltschaft – eine Erpressung von Bismarck. Nur so ist der Reichskanzler bereit, seine eigenen Spitzel gegen die aufkommende Arbeiterbewegung abzugeben.

## 1891

Der Grütliverein, eine gewerkschaftsähnliche Vereinigung, fordert exakt das, was es auch heute noch durchzusetzen gilt:

Werte Politbürger!

Wir haben einen politischen Polizei in der Schweiz haben, auch keine auf politische und geistige Ziele bezogene deren Verfolgung. Ihre Ziele, welche unsere Gesetze übertreten, seien es Fremde oder Schweizer, haben wir die oberste politische Polizei und die oberste Polizei. Das genügt. Die politische Verfolgung aber und die Verfolgung derselben müssen in der Schweiz frei sein. Keine Polizei hat sich können zu kümmern. Politische Polizei ist es, welche nur Schritte nach den Bestimmungen des Art. 70 der Bundesverfassung hat und nicht mit verfassungsmässiger Befugnis der Angehörigen verfahren ist.

Die ganze bestehende Verfassung wird jeder ohne Schweizerbürger soll und ganz unzulässig!

Wir werden auch in geheimer Zeit die nächsten Schritte tun, bis unsere Stimme gehört werden muss von den verantwortlichen Behörden.

Die politischen Bürger!

Bern, im August 1891.

Der Grütliverein Bern.

## 1905

Eine Art PUK untersucht einen handfesten Staatsschutzskandal in Zürich. Das Parlament will die Schnüffelpolizei nicht abschaffen, sondern bloss etwas mehr an die Zügel nehmen. Ein Irrtum. Es wird weitergeschnüffelt wie eh und je.

## 1918

Nach dem Generalstreik will das Bürgertum den Staatsschutz massiv ausbauen und lanciert die Lex Häberlin. Das Volk lehnt das Polizeistaatgesetz ab wie 1934 eine Neuaufgabe. Staatsschutz ist in der Schweiz nie vom Volk gutgeheissen worden.

## 1933-1945

Zum ersten und einzigen Mal beschäftigt sich die BUPO auch mit der Gefahr von rechts. Allerdings ohne die Repression gegen links aufzugeben.

## 1951

Kalter Krieg auch in der Schweiz. Der Bundesrat erlässt eine geheime Verordnung, die die Internierung von Staatsfeinden regelt.

## 1956

Bundesanwalt René Dubois lässt als Agent der Franzosen die arabischen Botschaften in Bern überwachen. Die Schweiz steht auf der Seite der Kolonialisten wie später auf der Seite der USA im Vietnamkonflikt. Die Doppelrolle von Dubois fliegt auf, er erschießt sich.

## 1968

Das Bürgertum hat Angst vor der Aufbruchgeneration und einem Marsch durch die Institutionen. Die Schnüffelei erfasst nun alles, was fortschrittlich denkt.

## 1976

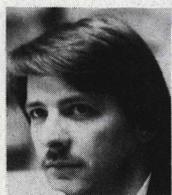
Ernst Cinceras private Denunziokratie fliegt auf. Justizminister Kurt Furgler mimt den empörten Demokraten – und verteidigt im Grunde bloss eifersüchtig seine staatliche Schnüffelpolizei. 1980 lässt Furgler ein Verfahren gegen EMD-Major René Schmid einleiten, der Cincera illegal Material lieferte. Schmid entzieht sich dem Verfahren durch Selbstmord.

## 1989

Was wir vage schon immer wussten, ist dank der PUK amtlich: Auch die Schweiz hat einen Stasi.

## 1990

Die verantwortlichen Bundesräte Koller und Villiger geben nur unter Druck schrittweise zu, was nicht mehr zu leugnen ist.



Paul Rechsteiner

# «Die Politische Polizei muss weg»

Hunderttausende von Menschen sind in der «ältesten Demokratie» überwacht und registriert worden, weil sie nichts anderes getan haben, als von ihren verfassungsmässig garantierten Grundrechten Gebrauch zu machen. Bespitzelt worden sind sie von der Politischen Polizei. Deren nicht bescheidene Gehälter hatten und haben sie mit ihren Steuergeldern auch noch selber zu bezahlen.

Die Politische Polizei ist zu unterscheiden von der Gerichtlichen Polizei. Die Gerichtliche Polizei hat Straftaten aufzuklären. Schon die Staatsschutzdelikte des Strafgesetzbuches, die aus dem Kalten Krieg stammen, gehen erschreckend weit und müssten eigentlich weitgehend eingeschränkt werden.

Die Politische Polizei aber wird in einem Bereich tätig, wo noch nicht der Anschein einer Straftat vorhanden ist. Die Politische Polizei interessiert sich für Gesinnungen. Sie bespitzelt und überwacht die Menschen, denen sie – die Gesinnungspolizisten – irgendwann viel

leicht einmal etwas zutrauen. Und das sind aus Sicht der Herrschenden immer diejenigen, die mit den herrschenden Verhältnissen nicht einverstanden sind und etwas verändern wollen.

Die Arbeit der Politischen Polizei ist nicht einfach ein Werk von Stürpem und Dilettanten. Es ist kein Zufall, wenn Feministinnen registriert werden: Denken wir an die Gentechnologie. Die Politische Polizei ist ein durchaus wirksames Herrschaftsinstrument zur Ausgrenzung der Andersdenkenden, zur Überwachung der Anderen Schweiz. Damit betreibt diese Gesinnungspolizei nichts weniger als einen ungeheuren antidemokratischen Machtmissbrauch. Sie höhlt diejenigen Grundrechte aus, die sie zu schützen vorgibt.

Die Politische Polizei darf nicht reformiert, sie muss abgeschafft werden. Die Absicht von Bundesrat Koller, die Arbeit der Gesinnungspolizei effizienter zu gestalten, zu computerisieren und das «Bedrohungsbild» neu zu definieren, ist

ausserordentlich gefährlich. Wenn es um die Bespitzlung von Gesinnungen geht, sind in den Augen der Politischen Polizei immer die Veränderungswilligen bedrohlich. Es darf nicht sein, dass am Schluss die Politische Polizei technologisch ausgerüstet aus der Krise des Schnüffelstaates hervorgeht.

Die Forderung nach Abschaffung der Politischen Polizei ist heute so berechtigt wie vor hundert Jahren, als sie auf Druck Bismarcks eingeführt worden ist. Denn schon damals hiess es auf einem Aufruf des Grütlivereins:

«Wir wollen keine Politische Polizei, auch keine gut dressierte. Die politische Überzeugung und die Ausserung derselben müssen in der Schweiz frei sein. Keine Polizei hat sich hierum zu kümmern.»

Bei der Abschaffung der Politischen Polizei geht es somit um nichts weniger als um die Freiheit, die Demokratie und die Grundrechte in diesem Land. Oder um den Grundsatz: Mehr Freiheit, weniger Überwachungsstaat.



Peter Bodenmann

# «Das EMD braucht eine PUK»

Das EMD ist die grösste und geheimste Bürokratie der Schweiz. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit schliessen die Nachrichtendienste Sicherheitsverträge mit Diktaturen ab. Kritische Offiziere und Soldaten werden rechtswidrig in geheimen Karteien geführt. Im Ernstfall wären Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ohne rechtliche Grundlage in Lager interniert worden. 1977 noch hatte der Bundesrat selbst die Existenz solcher Listen gegenüber dem Nationalrat bestritten. Die Landesregierung hat Parlament und Volk nachweislich belogen.

Im November stimmten 75 Prozent der Auszugssoldaten gegen diese Armee. Heute wären es weit mehr. Im Dezember bereits forderten SP-Fraktion und Grüne die Einsetzung einer PUK für das EMD. Bis heute

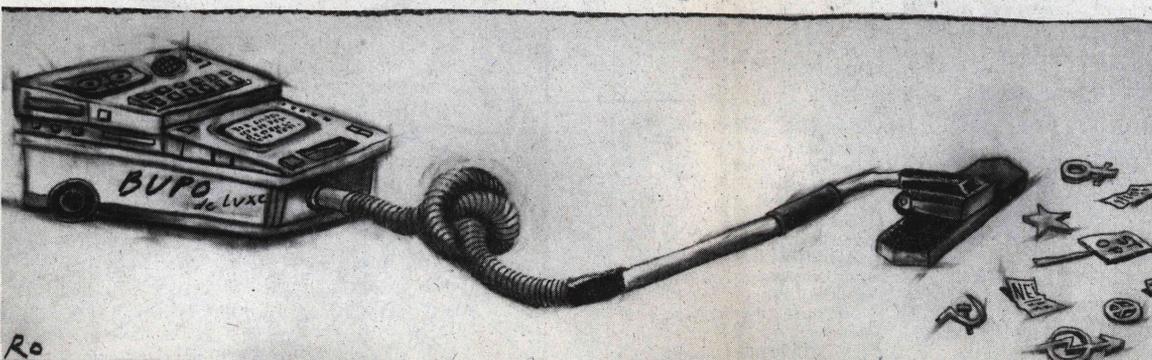
wollten die bürgerlichen Parteien davon nichts wissen. Für sie war alles in Ordnung, bis Ruedi Strahm das ganze Lügengebäude zum Einsturz brachte.

In den bürgerlichen Parteien haben die Offiziere die Mehrheit. Viele von ihnen müssen gewusst haben, was hinter den Kulissen der eigenen Organisation gespielt wurde. Trotzdem und gerade deshalb haben sie sich bis heute vehement gegen eine PUK für das EMD zur Wehr gesetzt. Sie werden nur nachgeben, wenn der Druck der Öffentlichkeit und der Druck der Strasse noch weiter zunimmt.

Sonst geht das heutige Kasper-Theater weiter. Da darf ausgerechnet jener Ernst Cincera – der in seiner privaten Schnüffeltätigkeit nachweisbar illegale EMD-Quellen be-

nutzt hat – als Mitglied der GPK bei Parteikollege Villiger kontrollieren. Da führt vorerst der starke Mann im EMD, Hans Ulrich Ernst, nach eigenen Worten als «verlängertes Ohr des Departementchefs» und als «Quasi-Kommisaris der Administrativuntersuchung». Der Bock als Gärtner.

Nur eine PUK kann Zeugen befragen, nur eine PUK kann alle Akten herausverlangen, nur eine PUK kann unabhängig vom Bundesrat fähige Mitarbeiter und Experten beziehen. Diesmal muss die PUK mit noch grösserem Misstrauen an die Sache. Denn erstens ist das EMD ein noch weit komplizierterer Laden und zweitens lehrt uns die bittere Geschichte der selbst der PUK verheimlichten Karteien: Im Bundeshaus wird gelogen.



# Warum am 3. März nach Bern?

## Max Frisch

„Ihre bürgerliche Regierung in Bern verliert unser staatsbürgerliches Vertrauen. Erst wenn man es Ihnen öffentlich belegt, entdecken Sie, was seit Jahren oder Jahrzehnten verfassungswidrig ist in dem Departement, dem Sie gerade vorstehen, und was weiter? Kaspar Villiger, eben noch mit fröhlichem Gesicht bei der amerikanischen F/A-18-Industrie, entschuldigt sich mit dem schlichten Geständnis, dass ihm, Chef erst seit einem Jahr, noch nicht alles in dem Laden so bekannt ist. Schuld daran ist wieder einmal ein Beamter, wieder einmal ein hoher, der lange Zeit den bundesrätlichen Segen hatte, notfalls aber entlassen wird, nämlich wenn die Presse etwas genauer Bescheid weiss als die Bundesräte. Die aber bleiben! Und wir lassen uns einmal mehr versichern, dass ein Bundesrat nichts zu verheimlichen hat, ausgenommen die Amtsgeheimnisse, die, in der Tat, die Vorgängerin nicht hätte weitergeben sollen; Kaspar Villiger spricht mit Bedauern von einem Pressewirbel, Arnold Koller hingegen schwört vor der Presse, dass Reformen sich gebieterrisch aufdrängen (nicht im Militär-Departement, das er vorher geleitet hat, sondern im Justiz-Polizei-Departement) und dass er jetzt ausmisten werde; warum erst jetzt? – und Sie also bleiben. Was, im Ernst, erwarten Sie, Herr Koller und Herr Villiger, von uns als Demokraten: unser Vertrauen, solange Sie im Bundesrat sitzen, oder Gehorsam ohne Vertrauen? Und damit wollen Sie die Demokratie schützen – im Ernst?“

Max Frisch



Weil ich kein Vertrauen mehr zu den Behörden habe, denen ich alles zutraue.

Helmut Hubacher  
Parteipräsident  
der SPS



Weil es eine Schande ist, 274 Schnüffler zu beschäftigen, die pro Jahr 40 Millionen Franken kosten. Ausserdem erweckt es ein Misstrauen; wenn das nächste Mal bei mir der Elektriker kommt, werde ich ihn fragen, ob er ein Schnüffler ist.

Beat Schlatter  
Volkskomiker



Um aus der Nähe zu sehen, wie die Rüssel der Schnüffler sich ringeln! (Und Gerechtigkeit für die übrigen fünf Departemente zu fordern: Die sollen uns auch dürfen! Wir fühlen uns nämlich unterbespizelt!)

Niklaus Meienberg  
Schriftsteller



Ich will keine politischen Verfolgungen, weder hier, noch woanders. Der Bundesrat muss endlich spüren, was Demokratie ist.

Angelina Fankhauser  
Nationalrätin, SPS



Damit es mit der Abschaffung des Schnüffelstaates 1991 wirklich etwas zu feiern gibt!

Hans Stürm  
Filmschaffender



Um dem läppischen CH-«Stasium» ein Ende zu machen. Unter Freiheit und Demokratie verstehen wir was anderes – keine Bevormundung durch Engwinkelder und Volleppen.

Chris von Rohr  
Rockmusiker



Das Vertrauen des eigenen Volkes zurückgewinnen ist wichtiger, als das Vertrauen ausländischer Geheimdienste, deshalb braucht es eine PUK-EMD.

Hans Meier  
Nationalrat, GPS



Nie hätte man diese FICHEN anlegen dürfen. Aber sie existieren. Deshalb muss volle Einsicht gewährt werden.

Dimitri  
Clown



Die BUPO will den Staat schützen. Wer aber schützt unsere Demokratie und die Rechte unseres Volkes vor der BUPO?

Paul Günter  
Nationalrat, LdU



Was in der Schweiz Recht sein soll, muss offenbar von rechts kommen; deshalb ist es billig und recht, sich gegen präfaschistische Schnüffler zu wehren, die, alles in allem, Unrecht tun.

Guido Bachmann  
Schriftsteller



Weil ich lieber häufig übermüdet bin als ständig überwacht!

Polo Hofer  
Musiker



Was gemacht ist, ist gemacht; wir können es nicht ändern. Wichtig ist jetzt, was in naher und ferner Zukunft passieren wird. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen wieder die Gewissheit haben, dass der Staat sie schützt, und sie sollten sich nicht vor dem Staat schützen müssen. Zuerst erfordert dies eine mutige Bereinigung der Vergangenheit.

Benjamin Hofstetter  
Polizei- und Justiz-  
direktor, Bern,  
Freie Liste



Jetzt geht es um die Glaubwürdigkeit unserer verfassungsmässigen Rechte; die Demokratie lässt keine Halbheiten zu, weder im Osten noch in Bern: das Volk sind wir!

Monika Stocker  
Nationalrätin, GPS



Ein Staat, der seine BürgerInnen derart verdächtigt, ist mir immer mehr verdächtig.

Franz Jaeger  
Nationalrat, LdU



Weil der Bundesanwalt und Konsorten kein Recht hatten, mich und Euch zu bespitzeln. Schluss mit skandalösen und einer Demokratie unwürdigen Machenschaften. Heraus zur Demonstration! Beim EJPD versteht man nur diese Sprache!

Sepp Stappung  
Nationalrat, SPS



Ob all dem nicht vergessen: des «hochangesehenen» FDP-Nationalrates Ernst Cinceras private Schnüffelkartei ...

Magda Vogel  
Sängerin UnknowiX

